

60. Sitzung (Sondersitzung)

Potsdam, Donnerstag, 23. Dezember 2021

Inhalt

	Seite	Seite
Mitteilungen der Präsidentin.....	2	Anlage
1. Aussprache des Landtages über die Ergebnisse der Videoschaltkonferenz des Bundeskanzlers und der Regierungschefs der Länder vom 21. Dezember 2021 und den daraufhin beabsichtigten weiteren Eindämmungsmaßnahmen der Landesregierung in Brandenburg durch Änderung der aktuellen SARS-CoV-2-Eindämmungsverordnung.....	2	Anwesenheitsliste..... 19 Alle mit einem * gekennzeichneten Redebeiträge sind von der Rednerin oder vom Redner nicht überprüft (lt. § 95 der Geschäftsordnung).
Beratungsgegenstand der AfD-Fraktion		Aufgrund der wegen der Coronakrise veränderten Bedingungen im Plenarsaal wurden Beifallsbekundungen und Zurufe nur bedingt aufgenommen.
Entschließungsantrag der AfD-Fraktion		
<u>Drucksache 7/4811</u>		
Herr Abg. Dr. Berndt (AfD)	2	
Herr Abg. Keller (SPD).....	4	
Herr Abg. Dr. Berndt (AfD) - Kurzintervention.....	5	
Herr Abg. Keller (SPD).....	5	
Herr Abg. Walter (DIE LINKE).....	5	
Herr Abg. Dr. Redmann (CDU)	7	
Herr Abg. Dr. Berndt (AfD) - Kurzintervention.....	8	
Herr Abg. Dr. Redmann (CDU)	9	
Herr Abg. Vida (BVB/FW)	9	
Frau Abg. Petra Budke (B90/GRÜNE)	11	
Ministerpräsident Dr. Woidke	12	
Ministerin für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz Nonnemacher	13	
Herr Abg. Hohlloch (AfD)	14	
Herr Abg. Walter (DIE LINKE).....	16	

Herr Abg. Dr. Berndt (AfD):

Beginn der Sitzung: 08.59 Uhr

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten und Vertreter der Landesregierung, der Landtagsverwaltung, im Schreibbüro und überall an den Computern! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer! Ich begrüße Sie herzlich zur 60. Sitzung des Landtages Brandenburg!

Die heutige Sitzung findet gemäß Artikel 64 Abs. 1 der Landesverfassung und § 17 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Landtages Brandenburg statt, und zwar auf Verlangen von 18 Mitgliedern der AfD-Fraktion zu dem Beratungsgegenstand „Aussprache des Landtages über die Ergebnisse der Videoschaltkonferenz des Bundeskanzlers und der Regierungschefs der Länder vom 21. Dezember 2021 und den daraufhin beabsichtigten weiteren Eindämmungsmaßnahmen der Landesregierung in Brandenburg durch Änderung der aktuellen SARS-CoV-2-Eindämmungsverordnung“.

Gibt es Ihrerseits Bemerkungen zum Entwurf der Tagesordnung? - Da das nicht der Fall ist, darf ich Sie um Abstimmung bitten. Wer dem Entwurf der Tagesordnung zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist die Tagesordnung einstimmig - ohne Enthaltungen - beschlossen.

Für die heutige Sitzung wurde die Abwesenheit von Ministerin Ernst, Ministerin Lange, Ministerin und Chef der Staatskanzlei Schneider, Minister Prof. Dr. Steinbach und Minister Vogel sowie der Damen und Herren Abgeordneten Damus, Kotré, Fortunato, Kniestedt, Kubitzki, Dannenberg, Philipp, Poschmann, Schäffer, Senftleben, Schwarzenberg, Vandré und Dr. Zeschmann angezeigt. Außerdem wurde die Abwesenheit des Abgeordneten Raschke angezeigt, dem ich an dieser Stelle herzlich zu seinem heutigen Geburtstag gratuliere.

(Beifall)

Ich rufe den einzigen Tagesordnungspunkt, Tagesordnungspunkt 1, auf.

TOP 1: Aussprache des Landtages über die Ergebnisse der Videoschaltkonferenz des Bundeskanzlers und der Regierungschefs der Länder vom 21. Dezember 2021 und den daraufhin beabsichtigten weiteren Eindämmungsmaßnahmen der Landesregierung in Brandenburg durch Änderung der aktuellen SARS-CoV-2-Eindämmungsverordnung

Beratungsgegenstand
der AfD-Fraktion

Entschließungsantrag
der AfD-Fraktion

Drucksache 7/4811

Ich eröffne die Aussprache. Als erster Redner spricht der Abgeordnete Dr. Berndt für die AfD-Fraktion. Bitte schön.

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Antrag auf Einberufung dieser Sondersitzung ist uns nicht leichtgefallen,

(Lachen)

nicht zuletzt, weil wir eine Reihe von Abgeordneten in unserer Fraktion haben, die entweder krank oder in Quarantäne sind.

(Zuruf: Ach was!)

Dennoch haben wir uns entschlossen, diese Sitzung einzuberufen, denn: Mit den Beschlüssen der Ministerpräsidentenkonferenz ist eine neue Stufe der Irrationalität und der Übergriffigkeit staatlichen Handelns in Deutschland erreicht. Und ein Parlament, sehr geehrte Damen und Herren, das sich nicht als Volkskammer, sondern als Volksvertretung versteht, kann dazu nicht schweigen. Deswegen fordern wir heute den Brandenburger Landtag auf, den Beschlüssen der Ministerpräsidentenkonferenz und den entsprechenden Beschlüssen der Landesregierung zu widersprechen. Wenn die Mehrheit in diesem Haus diesem Antrag nicht folgen sollte, dann sollen die Bürger wenigstens erfahren, wer und aus welchen Gründen gegen die Freiheit stimmt!

Fakt ist: Bis heute erleben wir im Bund und in Brandenburg eine Coronapolitik im Blindflug. Bis heute gibt es keine repräsentativen Untersuchungen zur Verbreitung der Infektionen und der Immunität, und, wie Hamburg zeigt, haben Regierungen keine Bedenken, aus fehlenden Daten Nutzen zu ziehen oder sogar Daten einfach zu erfinden. Dass das in Brandenburg nicht anders ist, haben die Befragungen im Untersuchungsausschuss „Corona“ gezeigt.

Fakt ist aber auch: Selbst die notorisch schlechten Daten in Deutschland zeigen ein konstantes oder rückläufiges Infektionsgeschehen, jedenfalls keine epidemiebedingte Notlage. Damit gibt es keine - ich wiederhole: keine einzige - Rechtfertigung für die Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz, denn, sehr geehrte Damen und Herren, eine Notlage ist eine Notlage und nicht die Gefahr einer Notlage. Gefahren bestehen immer: durch Naturereignisse, durch technisches oder menschliches Versagen oder durch Anschläge. Sie aber erklären seit 21 Monaten Gefahren zur Wirklichkeit und schaffen dadurch eine politisch bedingte Notlage!

Die Redezeit gibt es leider nicht her, die fehlende Logik und die unfreiwillige Komik des MPK-Papiers Absatz für Absatz durchzugehen. Deshalb beschränke ich mich auf drei Punkte: erstens Impfung, zweitens kritische Infrastruktur und drittens Omikron.

Erstens zur Impfung: Die MPK kommt nicht umhin, die fehlende Wirksamkeit der Impfung anzuerkennen - Zitat:

„[...] der Impfschutz gegen die Omikron-Variante [lässt] rasch [nach] und auch immune Personen [erkranken] symptomatisch.“

Die ab dem 29. Dezember - wir lernen: auch Coronaviren haben Weihnachtsferien - verschärften Einschränkungen sind der amt-

liche Beweis für den Bruch all Ihrer Impfversprechen. Da aber die MPK offensichtlich aus Gläubigen besteht, zieht sie nicht etwa den logischen Schluss, die Impfapartheid und das Bestreben nach einer Impfpflicht zu beenden. Diesen Schluss ziehen wir, und ich erneuere diese Forderung auch hier.

(Zuruf)

Die MPK will dagegen die Impfkampagne intensivieren, inzidenzunabhängig Ungeimpfte schikanieren, eine allgemeine Impfpflicht einführen und den Impfdruck auf Kinder erhöhen. Erstes ist besonders töricht, letzteres besonders schändlich! Und wer solche Beschlüsse mitträgt, Herr Woidke, macht sich intellektuell und moralisch unmöglich!

Zweitens - kritische Infrastruktur: Nach 21 Monaten der Pandemie macht sich die MPK Gedanken über die kritische Infrastruktur - und was für welche: Die Pandemiepläne sollen überarbeitet werden. - Das ist Ihre ganze Antwort auf eine Situation, die „FOCUS Online“ gestern wie folgt beschreibt - ich zitiere:

„Im [...] Universitätsklinikum Eppendorf (UKE) fallen [...] viele Intensivpflegekräfte krankheits- oder impfbedingt aus. Normalerweise springen in so einem Fall ihre Kollegen ein. Doch aus Protest um bessere Arbeitsbedingungen weigern sie sich. Das Resultat: Die Intensivstationen sind unterbesetzt [...]“

Was der gewöhnliche Bürger seit Langem weiß, nämlich dass schlechte Arbeitsbedingungen und Impfzwang gerade die Verantwortungsbewussten aus dem Dienst vertreiben, ist bei der MPK und in der Landesregierung bis heute nicht angekommen. Nicht Corona ist für die Überlastung kritischer Infrastrukturen verantwortlich, sondern Ihre Politik, sehr geehrte Damen und Herren!

Und drittens - Omikron: Die MPK „[rechnet] mit einer sehr hohen Krankheitslast durch Omikron“, heißt es im Papier. Diese Wortwahl ist eine wirklich freudsche Fehlleistung, denn sie räumt ein, dass Sie sich nicht auf Fakten berufen, sondern weiter nur auf Modellrechnungen, mit denen Sie bislang immer falsch lagen.

(Zuruf)

Und anscheinend hat selbst die MPK kein Vertrauen mehr zu Modellrechnungen, oder warum sonst verweigert sie der „Stuttgarter Zeitung“ Auskunft darüber?

Tatsächlich gibt es überhaupt keinen Grund für Angstmache, denn trotz höherer Infektiosität sind die Hospitalisierungen und die Mortalität unter Omikron noch niedriger als unter Delta. Omikron ist also kein Grund zur Panik, und wer es anders darstellt, muss sich vorwerfen lassen, Panik zu wollen.

Vor drei Tagen hat Christian Drosten auf „Twitter“ einen Coronaausbruch in Oslo mit folgenden Worten geschildert - Zitat:

„[...] Praktisch alle Infizierten doppelt geimpft und trotzdem symptomatisch, die Hälfte mit Fieber. [...] nach knapp 2 Wo noch niemand im Krh. Sieht mir nicht nach einer milderer Erkrankung aus. Niemand geboostert.“

Auf die Frage eines anderen „Twitter“-Nutzers, was er denn unter „mild“ versteht, antwortete Drosten - Zitat:

„Weniger Husten, weniger Fieber.“

Mit anderen Worten, sehr geehrte Damen und Herren: Für weniger Husten und weniger Fieber sperren Sie die Bürger ein, verabreichen Ihnen eine nutzlose und oftmals schädliche Impfung, errichten ein Apartheidregime und sind bereit, sämtliche roten Linien zu überschreiten! Ihre Politik wirkt tatsächlich mehr und mehr totalitär. Boris Palmer redet von „Rentalenentzug und Beughaft für Ungeimpfte“, die FDP von „physischer Zwangsimpfung“, der Bundesgesundheitsminister kennt wie sein Kanzler keine roten Linien mehr - all das für weniger Husten und weniger Fieber.

Heute bevormunden Sie uns wegen eines Virus, morgen wegen unseres Benzinverbrauchs und übermorgen vielleicht wegen der Bücher, die wir lesen, und der „Telegram“-Gruppe, der wir angehören. Wo soll denn das noch hinführen?!

(Zuruf)

Sehr geehrte Damen und Herren, hinter uns liegen zwei schreckliche Jahre. Aber schuld ist nicht ein angeblich heimtückisches Virus, schuld ist eine ganz und gar verfehlte Politik. Im Dezember 2021 dekretieren Sie die gleichen Zumutungen wie im März 2020 - nur noch aggressiver und noch unversöhnlicher.

Aktuell hat Schweden die am wenigsten strengen Coronamaßnahmen und die geringste Covid-19-Sterberate, Deutschland hat aktuell die strengsten Maßnahmen und die meisten Covid-19-Toten.

Das nenne ich ein episches Regierungsversagen!

Und doch, sehr geehrte Damen und Herren, geht dieses Jahr nicht mit Verzweiflung, sondern mit Hoffnung zu Ende; denn immer mehr Menschen ist klar geworden, dass Ihre vorgeblichen und jedenfalls vergeblichen Anstrengungen um unsere Gesundheit und zur Rettung der Welt eine Gefahr für unsere freiheitlich-demokratische Ordnung sind. Deshalb gehen mündige und mutige Bürger überall im Land zu Tausenden für die Freiheit auf die Straße.

(Zurufe)

Weder Drohungen noch aberwitzige Kontaktbeschränkungen werden diesen Freiheitswillen, der sich so machtvoll zeigt, einfangen. Wenn erforderlich, werden die Demonstranten eben in Gruppen von 100 mal 10 oder 1 000 mal 10 oder 500 mal 2 oder 1 000 mal 2 oder 50 000 mal 2 spazieren gehen. Richtig so: Spazieren gehen stärkt die Abwehrkräfte.

Es gibt noch Protestanten im Land, und Ihre Politik, sehr geehrte Damen und Herren, treibt sie auf die Straße - und wir sehen, wie viele es sind. Etwas Gutes hat Ihre Politik also doch. Vielen Dank dafür und Ihnen allen frohe Weihnachten!

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Danke schön. - Für die SPD-Fraktion spricht Herr Abgeordneter Keller. Bitte schön.

Herr Abg. Keller (SPD):

Sehr geehrte Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die AfD gibt sich noch nicht einmal Mühe, die Sondersitzung hier in irgendeiner Form zu untermauern. Sie sagen, Ihnen fiel es nicht leicht. Dennoch fiel es Ihnen sehr leicht, eine Sondersitzung zu beantragen, bevor die MPK Ihren Beschluss überhaupt vorgelegt hat. Das - muss ich sagen - ist schon sehr, sehr bemerkenswert und zeigt, wie „ernst“ Sie das hier meinen.

Ich frage mich auch, was Sie sich von der heutigen Diskussion erhoffen, was Sie sich wünschen, wenn wir hier heute noch einmal an das Rednerpult treten. Um die politische Diskussion und das Austauschen von Argumenten kann es Ihnen an der Stelle nicht gehen. Ich habe ein bisschen das Gefühl: Im letzten Jahr haben Sie sich gegen alle Argumente aus Forschung und Wissenschaft immunisiert; auch das haben Sie hier verkündet. Sie haben sich immunisiert: gegen die Argumente, die Zahlen, die wir Ihnen vorgelegt haben, gegen das, was sich in den letzten Wochen dargestellt hat, und gegen alle Berichte von den Ärzten und Krankenpflegern aus den Pflegeeinrichtungen und Krankenhäusern. Auch diese Berichte scheinen Ihnen nicht wirklich und wahrhaftig zu sein; auch dagegen haben Sie sich immunisiert.

Ihre Positionen sind an der Stelle sehr schnell zusammengefasst; an ihnen hat sich nichts geändert:

Erstens: Sie leugnen die Gefahr des Coronavirus; Sie spielen sie herunter.

Sie leugnen die Wirksamkeit der Impfung; einige von Ihnen sagen sogar, die Impfung mache krank.

Drittens - und dies stört mich wirklich am meisten: Sie versuchen, aus dieser Krise Ihr politisches Kapital zu schlagen. Sie versuchen hier nicht nur, die Spaltung der Gesellschaft in irgendeiner Form voranzutreiben, sondern Sie reden sie ja förmlich herbei.

Ich will Ihnen aber sagen: Die Gesellschaft in Brandenburg ist nicht gespalten.

Ich will Ihnen auch Folgendes sagen: Ja, die Mehrheit der Brandenburgerinnen und Brandenburger demonstriert - ja, sie demonstriert mit ihrem Handeln Vernunft: Die Mehrheit der Brandenburgerinnen und Brandenburger geht zum Impfen; die Mehrheit der Brandenburgerinnen und Brandenburger hält sich an die Coronamaßnahmen, und sie erkennt die Gefahr des Coronavirus. - An der Stelle kann ich nur noch einmal Danke schön für diese Vernunft sagen. Vielen Dank!

Selbstverständlich nehmen aber auch ich und meine Fraktion zur Kenntnis, dass es hier in Brandenburg Demonstrationen gibt. Ja, auch die Personen müssen wir ernst nehmen. Wir müssen mit ihnen ins Gespräch kommen; wir müssen informieren, mit ihnen auch argumentieren und sie weiter aufzuklären versuchen. Ich muss sagen: Ich habe mir da eine oder zwei Reden angehört. Aber die Parolen, die dort vorn verbreitet werden, müssen wir nicht akzeptieren, genauso wenig wie die Art und Weise, wie hier demonstriert wird - dagegen werden wir uns wehren. Aber ja, die Tür bleibt offen, und wir werden auf die Personen zugehen und versuchen, sie mit Informationen und Argumenten zu überzeugen, dass es eine Gefahr durch das Coronavirus gibt und es an der Stelle sinnhaft ist, sich impfen zu lassen. - Das Feld werden wir nicht Ihnen überlassen, meine Damen und Herren.

Sehr geehrte Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, das Land Brandenburg hat in den letzten Wochen schon Maßnahmen ergriffen, um die Ausbreitung der vierten Welle der Coronapandemie einzudämmen. Dementsprechend müssen wir nach dem MPK-Beschluss vom Dienstag nur kleine Änderungen an unserer Eindämmungsverordnung vornehmen. Die Anpassungen betreffen die geimpften und genesenen Menschen unseres Landes. Das ist bedauerlich, trotzdem ist es richtig.

Es ist bedauerlich, dass wir auch den Geimpften und Genesenen immer mehr Einschränkungen zumuten müssen. Es ist bedauerlich, dass wir auch den Geimpften - oder besser gesagt: den Menschen, die solidarisch waren - jetzt noch mehr Solidarität abringen müssen. Es ist bedauerlich, dass wir den Weg aus der Pandemie mittlerweile kennen, aber noch nicht alle Menschen diesen Weg mit uns gemeinsam gehen.

Trotzdem ist es angesichts der erhöhten Ansteckung und der aufkommenden Omikron-Variante sowie der hohen Belegungsrate der Intensivbetten richtig, eine Überlastung des Gesundheitssystems unbedingt zu verhindern. Es ist trotzdem richtig, jetzt Vorbereitungen - wie die Einsetzung des Krisenstabes der Landesregierung - zu treffen, um auch weiterhin die Arbeitsfähigkeit von Polizei und Feuerwehr und der Krankenhäuser zu sichern. Es ist trotzdem richtig, den Menschen unseres Landes - ja, leider auch den geimpften - diese erneute Kraftanstrengung abzuverlangen. Ich sage hier noch einmal und aus tiefstem Herzen ein großes Dankeschön an all die Brandenburgerinnen und Brandenburger, die diesen Weg auch hier gemeinsam mit uns gehen!

Sehr geehrte Damen und Herren, seit Beginn der Pandemie sind in Brandenburg über 4 500 Brandenburgerinnen und Brandenburg an oder mit Covid-19 gestorben. Es ist unser aller Pflicht, dass der Tod dieser Menschen nicht in Vergessenheit gerät. Es ist auch unsere Pflicht, dass hier nicht einige in diesem Parlament diese Todesfälle verharmlosen. Und es ist unsere Pflicht, darauf hinzuweisen, dass hinter diesen Toden Personen und Schicksale stehen. Dieser Verpflichtung kommen wir am besten nach, wenn wir die Pandemie so schnell wie möglich, aber auch mit möglichst wenig Opfern überwinden. Dafür ist und bleibt die Impfung das Mittel der Wahl.

In den letzten Wochen haben sich immer mehr Menschen eine Erst-, Zweit- oder auch Auffrischungsimpfung geholt: Allein seit dem 1. Dezember waren es fast 600 000 Impfungen. Mittlerweile sind fast drei Viertel der erwachsenen Brandenburgerinnen und Brandenburger doppelt geimpft. Allen Menschen, die immer noch unentschlossen sind - und das will ich hier auch klar machen -, sage ich: Gehen Sie zu Ihrem Arzt und führen Sie das Gespräch! Setzen Sie sich mit den Argumenten auseinander, hören Sie zu, diskutieren Sie, stellen Sie bitte schön auch Fragen! Und ja, wenn es die Möglichkeit gibt, lassen Sie sich von diesen Argumenten überzeugen und nutzen Sie die Chance, sich impfen zu lassen! Nutzen Sie das für Ihre Gesundheit, und - ich sage es auch noch einmal - nutzen Sie das auch für die Gesundheit Ihrer Eltern und Großeltern! Bedenken Sie bitte, dass eine Impfung auch hilft, die Gesamtsituation in unserem Gesundheitssystem zu verbessern bzw. das Gesundheitssystem nicht zu überlasten!

Sehr geehrte Damen und Herren, das Jahr 2021 war nicht leicht, und auch das nächste Jahr wird sicherlich kein einfaches werden. Aber vergessen wir bitte nicht, was wir alles bereits erreicht haben. Ich hoffe, dass die kommenden Weihnachtstage im Kreise Ihrer Familien Ihnen, liebe Brandenburgerinnen und Brandenburger, Kraft und auch Zuversicht geben. Ich hoffe aber auch, dass Sie während der Feiertage einen Augenblick Zeit finden

werden, um an die Menschen zu denken, die auch während der Weihnachtszeit im Land Brandenburg für unsere Gesundheit und unsere Sicherheit kämpfen; bei diesen Personen sind auch meine Gedanken.

Liebe Brandenburgerinnen, liebe Brandenburger, ich wünsche Ihnen viel Freude, viel Gesundheit und viel Glück, auch für das nächste Jahr! - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Danke schön. - Von Herrn Abgeordneten Dr. Berndt wurde eine Kurzintervention angemeldet. Bitte.

Herr Abg. Dr. Berndt (AfD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Da der Kollege Keller offensichtlich bei meiner Rede nicht zugehört hat und hier mit unsinnigen Eingangsbemerkungen gekommen ist, wiederhole ich noch einmal die Punkte, die ich gesagt habe, und warum diese Sonderitzsitzung nötig war:

(Zuruf)

Erstens: Wir haben in Deutschland nach wie vor eine hundsmiserable Datenlage zu Covid.

Zweitens: Die Fallzahlen sind gesunken. Das sagt doch Ihr eigener Lagebericht, und darum gibt es keinen Grund für verschärfte Maßnahmen.

Drittens: Omikron bewirkt vielleicht eine höhere Ansteckungsrate, aber nachweislich weniger Hospitalisierung und weniger Tote.

Viertens: Der Impfschutz hat nachweislich versagt, Herr Keller. Da können Sie noch so viel reden. Gucken Sie sich die Daten an! In Dänemark sind die Omikron-Fälle überwiegend Geimpfte, doppelt Geimpfte.

(Zuruf: Aber in Südafrika!)

- Ja, in Südafrika ist die Sache: Da gibt es keine Hospitalisierungen.

(Zurufe)

- Gucken und hören Sie sich an, was Herr Drosten gesagt hat: im Falle von Oslo alles doppelt Geimpfte.

(Zurufe)

Und schließlich: Denken Sie an die Toten vom Werbellinsee, die hier immer geflissentlich vergessen werden. Haben die keine Anteilnahme verdient? Das waren doppelt geimpfte Alte.

Und Fünftens: Das Land mit dem geringsten Strengeindex der Maßnahmen und mit den wenigsten Covid-19-Toten ist Schweden. Und das Land mit dem strengsten Index und den meisten Covid-19-Toten derzeit ist Deutschland. Es gibt einen Weg aus der Pandemie, Herr Keller, und das ist der schwedische Weg. Und der bedeutet: Überlegung statt Panik, Eigenverantwortung

der Bürger statt Bevormundung. Ich wünsche mir für Sie und für alle hier im Haus, dass Sie die Weihnachtstage nutzen, um darüber nachzudenken und sich ein realistisches Lagebild zu verschaffen. - Besten Dank.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Danke schön. - Herr Abgeordneter Keller, Sie möchten auf die Kurzintervention reagieren. Bitte schön.

Herr Abg. Keller (SPD):

Sehr geehrte Präsidentin! Ich finde es schon erstaunlich und, ich muss sagen, auch die letzte Form der Widerwärtigkeit, dass Sie für Ihre Propaganda hier Tote bemühen. Dass Sie hier quasi die Toten vom Werbellinsee irgendwie für Ihre Argumentation hernehmen, ist einfach nur grotesk und zeigt, welchen Weg Sie hier beschreiten.

Ich will deutlich machen: Wenn Sie hier Ihre Punkte vorbringen und auch erneut vorstellen, müssen Sie doch grundsätzlich erst einmal einige Dinge einräumen. Gibt es Ihrer Meinung nach eine Gefahr durch das Coronavirus oder gibt es die nicht? Hier fahren Sie einen totalen Achterbahnhof. Und zweitens, wenn wir über die Wirkung von Impfstoffen sprechen, sagen Sie jetzt auf einmal, der Impfstoff wirke nicht gegen die Omikron-Variante. Bis dato sagte Ihre Fraktion, der Impfstoff wirke bei gar keiner Variante. Ich will einfach einmal wissen: Wovon reden Sie hier? Nehmen Sie denn nicht wahr, Herr Berndt - das will ich Sie auch fragen -, dass sich in Deutschland über 80 % aller erwachsenen Deutschen haben impfen lassen,

(Zuruf)

dass über 80 % aller Deutschen die Wirksamkeit der Impfung anerkennen

(Zuruf)

und dass sie anscheinend andere Forschungs- und Wissenserkenntnisse haben als Sie? Nehmen Sie das denn nicht wahr, Herr Berndt?

(Zuruf)

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Danke schön. - Herr Abgeordneter Walter hat das Wort für die Fraktion DIE LINKE. Bitte schön.

Herr Abg. Walter (DIE LINKE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Lieber Kollege Noack! Wir, die vernünftigen und anständigen Fraktionen

(Gelächter)

in diesem Haus, alle außer einer, waren uns immer einig: Wenn wir die Menschen auffordern, sich an Regeln zu halten, wenn wir die Menschen auffordern, sich und andere zu schützen, und wenn wir die Freiheiten der Menschen einschränken, dann müssen wir klar kommunizieren, verlässlich kommunizieren, dann

müssen wir Entscheidungen treffen, die verständlich und logisch sind. Nur damit können wir die Sicherheit geben, die so bitter nötig ist.

Wir haben das zu oft nicht getan. Schlimmer noch: Wir haben genau das Gegenteil getan. Die Öffnung der Weihnachtsmärkte mit der Schließungsanordnung per Pressemitteilung am gleichen Tag war das jüngste Beispiel, wie es nicht laufen kann und wie es nicht laufen darf.

Mit der neuen Bundesregierung sollte aber alles anders werden. Auch Sie sagten das. Ein Expertenrat mit verschiedensten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sollte doch endlich dafür sorgen, dass wir Sicherheit schaffen, dass wir besser und nachvollziehbar kommunizieren. Und nun sagt dieser Expertenrat einstimmig - ich wiederhole: einstimmig, auch für Sie, Herr Berndt -, ich zitiere:

„Die Omikron-Variante breite sich nach Daten anderer Länder ‚explosionsartig‘ aus, sodass deutlich mehr Sterbefälle zu erwarten seien. [...] Laut dem Gremium muss in den kommenden Tagen mit Gegenmaßnahmen reagiert werden. [...] Der Expertenrat geht davon aus, dass auch bei einer weiteren Steigerung des Impftempos ‚bereits für die kommenden Tage‘ Kontaktbeschränkungen nötig werden.“

Und dass das alles sehr wahrscheinlich ist, Herr Berndt, zeigt der Blick nach Großbritannien und auch nach Südafrika. Aber man muss es halt sehen wollen.

Und was beschließen die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten und was beschließt die Landesregierung Brandenburg nach diesem Bericht? Man darf sich ab dem 27. Dezember nur noch mit maximal 10 Personen treffen und Silvester soll kleiner ausfallen. Das ist alles. Ich frage Sie ernsthaft: Warum wird ein Expertenrat eingeführt, wenn dann doch nicht das gemacht wird, was er empfiehlt? Warum ist es immer noch der faule politische Kompromiss, der hier Richtschnur ist, und nicht der Gesundheitsschutz der Menschen in diesem Land? Das ist an Absurdität nicht mehr zu überbieten.

Die Menschen in diesem Land wissen jetzt vor dem dritten Jahr der Pandemie, worum es geht, und sie haben zu Recht Fragen: Warum gibt es die Kontaktbeschränkungen erst in ein paar Tagen, obwohl wir wissen, dass die neue Variante sich so schnell ausbreitet wie keine andere zuvor? Warum tritt die Ministerpräsidentenkonferenz erst am 7. Januar wieder zusammen, obwohl die Schülerinnen und Schüler da schon seit drei Tagen wieder in die Schule gehen und Kinder in die Kitas geschickt werden? Ich verstehe es nicht und ich kann es beim besten Willen auch nicht mehr erklären. Wir stolpern in die fünfte Welle wieder mit Be schlüssen, deren Halbwertszeit nicht einmal die nächste Woche überstehen wird. Und das wissen Sie auch ganz genau.

Was sagen Sie den Eltern, die sich jetzt fragen, was mit dem Unterricht ihrer Kinder passiert oder ob sie ihre Kinder in die Kitas schicken können? Was sagen Sie dem Gastronomen, der sich fragt, ob er seinen Laden nicht doch lieber dichtmachen soll? Was sagen Sie den Menschen mit diesen Beschlüssen, den Menschen, die sich immer solidarisch verhalten haben, die sich impfen lassen und einfach nur noch müde sind, weil sie sich immer einschränken und immer darauf warten, dass es endlich klare Entscheidungen geben wird? Sie haben keine Antwort. Sie gehen wieder - wie im letzten Jahr - ohne einen langfristigen Plan in die Weihnachtsferien. Und Sie lassen die Menschen am Ende allein, allein mit ihren Sorgen und Ängsten.

Und nein, das Prinzip Hoffnung haben die Menschen satt. Wie oft sollen sie sich denn jetzt noch unterhaken? Wenn wir wollen, dass sich Menschen einschränken, dann müssen wir auch zeigen, dass die Politik Entscheidungen trifft und der Staat handlungsfähig bleibt.

(Zuruf)

Anders wird es nicht gehen, die Pandemiebekämpfung - auch für Sie, Herr Dr. Redmann - ist eben keine Privatsache.

Weitere Kontaktreduzierungen sind keine Katastrophe, Herr Berndt, sondern eine Maßnahme. Eine Katastrophe ist, wenn Menschen ohne Behandlung sterben, weil die Krankenhäuser voll sind. Eine Katastrophe ist, wenn Feuerwehr, Polizei und kritische Infrastruktur wegbrechen. Genau davor warnt der Expertenrat. Deshalb haben Sie hier und heute Fragen zu beantworten. Wenn Eltern ihre Kinder zu Hause betreuen müssen, dann sichern Sie endlich ab, dass sie die Kitagebühren zurückerstattet bekommen! Sorgen Sie dafür, dass Arbeitgeber Verständnis haben und Homeoffice zulassen! Sorgen Sie dafür, dass ab dem kommenden Jahr tatsächlich Distanz- und Wechselunterricht stattfinden kann, denn Thüringen beispielsweise wird das einführen. Alles andere ist doch nur noch Augenwischerei, wenn wir eine Durchseuchung der Kinder verhindern wollen.

Wann sorgen Sie für wirkliche Testkonzepte in den Schulen und Kitas im Land? Ist es tatsächlich Ihr Ernst, dass jetzt im dritten Jahr der Pandemie auf einmal die Träger der Kitas für die Beschaffung von Tests zuständig sein sollen? Sorgen Sie dafür, dass jeder Gastwirt, jeder Einzelhändler, der sein Geschäft freiwillig schließt, sofort entschädigt wird, dass jeder Soloselbstständige endlich einen Unternehmerlohn erhält! Können Sie absichern, dass niemand bis Juni auf seine Wirtschaftshilfen warten und Angst um seine Existenz haben muss? Und sichern Sie endlich ab, dass wir mehr als 5 bis 10 % der Tests in diesem Land sequenziieren, um einen Blindflug zu verhindern, gerade mit der neuen Omikron-Variante!

Nutzen Sie die Tage zwischen Weihnachten und dem neuen Jahr, um endlich tatsächlich in allen Pflegeheimen dieses Landes die Auffrischungsimpfung durchzuführen! Versprochen haben Sie das für Ende November, mittlerweile ist es fast Ende Dezember.

Die nächsten Wochen werden harte Wochen. Wir stehen wahrscheinlich vor einer Entwicklung der Pandemie, die wir bisher so noch nicht hatten. Deshalb brauchen wir auch entsprechende Maßnahmen, klar kommuniziert und klar entschieden, sehr geehrte Damen und Herren.

Wenn wir das machen, müssen wir keine Angst vor denen haben, die uns hier auch in den nächsten Monaten immer wieder zu Sondersitzungen vorladen werden, die nichts anderes im Sinn haben, als Sand ins Getriebe der Demokratie zu werfen, denen es nicht um die Gesundheit der Menschen geht, denen es nicht darum geht, aus dieser Krise herauszukommen, sondern, Herr Dr. Berndt, Sie wollen doch eigentlich diese Krise gerne verlängern, weil es Ihnen nur gut geht, wenn es Deutschland und den Menschen schlecht geht.

Sie scheuen die Wahrheit. Sie stellen sich hier hin und tun so, als ob Sie der Freiheitskämpfer sind. Ich frage Sie: Für welche Freiheit kämpfen Sie eigentlich? Sie scheuen die Wahrheit, deswegen greifen Sie Pressevertreterinnen und Pressevertreter in diesem Land an. Sie scheuen die Wissenschaft, deshalb zweit-

feln Sie jede neue wissenschaftliche Erkenntnis an und wischen sie einfach weg. Und Sie scheuen die Vernunft, nein, Sie bekämpfen sogar die Vernunft. Diese Freiheit, Herr Dr. Berndt, brauchen wir nicht. Wir brauchen eine Freiheit, in der die Menschen solidarisch miteinander umgehen und diese Krise auch gemeinsam solidarisch bekämpfen.

Wir als Demokratinnen und Demokraten - auch wenn wir manche Dinge unterschiedlich sehen und unterschiedlich bewerten mögen - werden gemeinsam gegen Ihre Propaganda stehen, weil wir wissen: Impfen schützt die Menschen. Wir wollen diese Krise gemeinsam solidarisch bekämpfen, aber dann eben ohne Sie. - Vielen Dank.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Danke schön. - Das Wort geht an den Abgeordneten Dr. Redmann für die Fraktion der CDU.

Herr Abg. Dr. Redmann (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Berndt, ich hatte kürzlich das Vergnügen, im Deutschen Theater in Berlin die neue Inszenierung von „Der zerbrochene Krug“ zu sehen, und da musste ich an Sie denken, denn Sie sind ja so ein Fan von Zitaten. Da ist mir ein Satz aufgefallen, der mir seitdem immer in den Sinn kommt, wenn Sie mir über den Weg laufen, erst recht, wenn Sie hier am Pult reden. Sie kennen sicherlich diesen verlogenen Dorfrichter Adam, der sein Amt verwendet, um eigene Vorteile zu erreichen, der sich rausreden will und alles Mögliche so biegt, wie er es gerade braucht. Ihm schreibt der Gerichtsrat Walter ins Stammbuch:

„In Eurem Kopf liegt Wissenschaft und Irrtum
Geknetet, innig, wie ein Teig, zusammen;
Mit jedem Schnitte gebt Ihr mir von beidem.“

Und so war es heute Morgen auch wieder bei Ihnen. Ich fange wieder damit an - weil man das einfach nicht stehenlassen kann -, diese Falschbehauptungen richtigzustellen. Es ist falsch, dass es in Schweden weniger Tote als in Deutschland gibt. Auf 100 000 Einwohner gerechnet gibt es in Schweden knapp 50 % mehr Tote. Das ist die Wahrheit. Schweden hatte auch Wellen und hat in Wellen nicht gehandelt. Dadurch sind in Schweden in vorherigen Wellen sehr viele Menschen infiziert worden, schwer erkrankt und auch verstorben. Zur Wahrheit gehört auch: 15 000 Einwohner tot in Schweden bei 10,4 Millionen Einwohnern; etwas über 100 000 Tote bei über 80 Millionen Einwohnern in Deutschland. Das Verhältnis können Sie ganz einfach mit einem Dreisatz ausrechnen.

Als Nächstes möchte ich Ihnen sagen: Die Maßnahmen, die wir in Brandenburg ergriffen haben, haben sich gelohnt. Das können Sie doch nicht in Abrede stellen! Wir sehen, dass die Inzidenzen gerade sinken und es endlich ein bisschen Entspannung auf den Intensivstationen gibt.

Aber - und das ist der nächste Fehler, den Sie verbreitet haben - damit ist die prekäre Situation längst nicht vorbei. Wenn wir in den heutigen Bericht des Gesundheitsministeriums schauen, stellen wir fest, dass wir auf den Intensivstationen immer noch eine Auslastung von gut 24 % haben. Das ist immer noch viel zu viel. Das ist so viel, dass immer noch Operationen abgesagt werden müssen und wir immer noch nicht im Normalbetrieb sind und dass Beschäftigte dort immer noch Sonderschichten schieben

müssen. So etwas müssen wir vermeiden. Wir sind auf unseren Intensivstationen im tiefroten Bereich. Deshalb würde ich mir wünschen, dass das Sinken ...

(Zuruf)

- Ich glaube, Sie haben überhaupt keine Ahnung, was auf den Intensivstationen los ist. Reden Sie doch mal mit den Beschäftigten - den Ärzten, den Pflegern -, die 12-Stunden-Schichten in Vollschutz schieben, um sich um die Coronapatienten dort zu kümmern. Und da sagen Sie, es gebe kein Problem! In welcher Welt leben Sie? Sie stecken den Kopf tief in den Sand. Mit einer Vogel-Strauß-Politik wird man Corona nicht bekämpfen können.

Ich sage Ihnen auch: Wenn wir das alles so gemacht hätten, wie Sie es vorgeschlagen haben, hätten wir heute immer noch deutlich höhere Inzidenzen, hätten wir heute Intensivstationen, die überhaupt nicht mehr funktionieren würden, hätten wir inzwischen eine Triage-Situation. Es ist gelungen, all das zu vermeiden - sowohl mit den Maßnahmen, die ergriffen wurden, als auch wegen des umsichtigen Verhaltens der Bevölkerung. Wie viele Menschen haben, ohne dass sie dazu verpflichtet waren, auf private Feiern verzichtet, weniger Gäste eingeladen, Kontakte reduziert und somit einen wesentlichen Beitrag geleistet! Dafür muss man auch mal danken.

Ich möchte auch das, was Sie, Kollege Walter, ausgeführt haben, nicht unwidersprochen stehen lassen. Ich habe den Eindruck, Sie haben Ihre Rede von vor zwei Wochen herausgegriffen und sie noch mal gehalten. Wie kann man in einer Situation, in der wir mit einer neuen Virusvariante konfrontiert sind, über die wir bislang noch relativ wenig wissen, einen langfristigen Plan fordern?

Was wir über diese Omikron-Variante wissen, ist, dass sie sehr, sehr infektiös ist, viel infektiöser als die vorherige Delta-Variante. Was wir noch nicht wissen, ist, welche Auswirkungen das haben wird. Wir wissen noch nicht genau, in welchem Umfang das auch zu Hospitalisierungen führen wird. Es gibt erste Studien aus England und Schottland, die darauf hinweisen, dass die Hospitalisierung etwas - etwa 30 bis 50 % - geringer als bei der Delta-Variante ist. Wenn man allerdings ein Vielfaches an Infektionen hat, wird sich das am Ende nicht auswirken, sondern wieder genauso zu einer Überlastung führen.

Wir haben in jedem Land unterschiedliche Bedingungen.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Darf ich Sie um Unterbrechung bitten ...

Herr Abg. Dr. Redmann (CDU):

Gerne; ich glaube, das passt gerade gut.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

... für eine Frage des Abgeordneten Walter.

Herr Abg. Dr. Redmann (CDU):

Die Redezeit ist auch ein bisschen knapp, insofern ...

Herr Abg. Walter (DIE LINKE):

Vielen Dank, Frau Präsidentin! Vielen Dank, Herr Dr. Redmann, dass Sie die Frage zulassen. Sie haben gerade selbst gesagt, dass die Omikron-Variante für deutlich stärkere Infektionen sorgen werde und eine Überlastung drohe; das haben Sie gerade festgestellt. Wenn wir das also wissen, frage ich Sie: Warum haben Sie, obwohl wir Dinge über die Omikron-Variante wissen, beispielsweise nicht gemeinsam entschieden, dass die Schülerrinnen und Schüler ab dem 3. Januar nächsten Jahres in den Wechsel- oder Distanzunterricht gehen? Warum haben Sie nicht dafür gesorgt, dass es ab dem 3. Januar Tests in den Kitas geben wird? Diese Fragen denke ich mir nicht aus, und ich hatte sie vor zwei Wochen auch noch nicht. Das sind Fragen, die ich heute habe und die auch die Menschen in diesem Land haben. Vielleicht finden Sie heute eine Antwort. - Vielen Dank.

Herr Abg. Dr. Redmann (CDU):

Herr Kollege Walter, herzlichen Dank für Ihre Frage. Wir wissen noch nicht fürchterlich viel über Omikron. Wir haben jeden Tag neue Informationen, neue vorläufige Studien, alles ist noch sehr im Vagen. Vor allen Dingen wissen wir nicht, wie sich Omikron auf Deutschland auswirkt. Jedes Land ist unterschiedlich. Wir haben eine unterschiedliche Altersstruktur. Deutschland ist mit Südafrika nicht zu vergleichen, weil wir eine viel ältere Bevölkerung haben, die auch gefährdet ist.

Deutschland unterscheidet sich in gewisser Hinsicht auch, was den Impfstatus anbelangt. Wir haben bislang in keinem der Länder gesehen, dass Omikron zu einer Überlastung der Krankenhäuser geführt hat, wir sehen eine etwas geringere Hospitalisierung. Insofern müssen wir von Szenarien ausgehen. Es gibt ein Best-Case-Szenario, in dem diese geringere Hospitalisierung auch in Deutschland durchschlägt. Dies - dass wir keine große Gefahr haben - wünsche ich mir. Ich glaube aber nicht, dass dieses Best-Case-Szenario eintreffen wird.

Es gibt natürlich auch ein Worst-Case-Szenario. Solange wir nicht genau wissen, was kommt, ist es wichtig, auf Sicht zu fahren, richtig, vorsichtig zu sein, richtig, die Maßnahmen zu ergreifen, die wir jetzt ergreifen haben, wie die Reduzierung der Teilnehmerzahl bei Veranstaltungen, richtig, dazu beizutragen, dass sich Menschen nicht infizieren und vorsichtig bleiben. Auch das ist eine andere Situation als in Dänemark und Großbritannien, wo es fast keine Vorsichtsmaßnahmen in der Bevölkerung mehr gibt, sondern alle ohne Einschränkungen miteinander gefeiert und ihr normales Leben geführt haben. In London wurden bis vor kurzem noch jede Nacht große Partys in den Klubs gefeiert. Da wurde sich natürlich munter mit der Omikron-Variante infiziert. Wie sich die Variante auf Deutschland auswirken wird, können wir heute nur anhand von Szenarien erahnen, aber nicht abschließend vorhersagen.

Deshalb ist es richtig, an der Stelle auf Sicht zu fahren und unsere Maßnahmen trotz sinkender Inzidenz aufrechtzuerhalten, Herr Berndt, und zu schauen: Wie wird es sich auswirken? Das werden wir in den nächsten zwei Wochen sehen. Wenn wir sehen sollten, dass wir auch in Deutschland vor einer solchen Wand stehen, was den sprunghaften Anstieg angeht, müssen natürlich weitere Maßnahmen ergreifen werden. Das haben auch die Ministerpräsidenten miteinander verabredet.

Ich kann Ihnen sagen: Diese Landesregierung und dieser Landtag werden auch in der Lage sein, zwischen Weihnachten und Neujahr - notfalls auch an Heiligabend oder Silvester - die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, und wir werden das auch

tun, um unsere Bevölkerung zu schützen; da müssen Sie sich gar keine Sorgen machen.

Meine Damen und Herren, die Omikron-Variante ändert die Voraussetzungen. Deshalb ist meiner Meinung nach eine Inventur unserer Maßnahmen, sobald wir mehr über diese Variante wissen, notwendig.

Natürlich ist der Verweis auf Oslo richtig. Wir wissen: Dort haben mehr als 117 doppelt Geimpfte an einer Weihnachtsfeier teilgenommen, von denen am Ende 66 positiv auf die Omikron-Variante getestet wurden. Daraus jetzt zu schließen, die Impfung wirke überhaupt nicht, ist ein Zirkelschluss, Herr Dr. Berndt. Sie selbst haben darauf hingewiesen: Niemand von denen ist ins Krankenhaus gegangen, es gab keinen schweren Verlauf. Das ist zunächst eine sehr erfreuliche Nachricht, denn das heißt, dass die Impfung offensichtlich gegen schwere Verläufe wirkt.

Dass Prof. Drosten an der Stelle darauf hinweist, dass noch keine Entwarnung gegeben werden kann, weil auch bei der Delta-Variante bei Menschen in diesem Alter mit einem doppelten Impfstatus keine schweren Verläufe zu erwarten gewesen waren, weil die Impfung schützt und man in einem bestimmten Alter oft nicht die Sorge haben muss, ist an sich richtig. Insofern sind sein Vergleich von Gruppen, die geimpft sind und das gleiche Alter haben, und seine Feststellung bei einer Betrachtung der Symptome, dass sich die Gruppen nicht sehr groß unterscheiden und er deshalb eben nicht die Erwartung hat, dass die Omikron-Variante viel milder verläuft, doch nicht - so, wie Sie es getan haben - ganz von der Hand zu weisen. Ich finde, wie Sie hier vorgehen, ist etwas unwissenschaftlich, und wie Sie mit Kollegen und deren Erkenntnissen umgehen, ist zumindest eines Mediziners nicht würdig.

Ich sage Ihnen aber: Wir werden uns von Ihnen, Ihren Vorfeldorganisationen und Ihren Verbündeten nicht polarisieren lassen. Sie können noch so viele Demos anmelden, Sie können noch so viel herumkrakeelen, Sie können noch so sehr versuchen, dieses Land und diesen Staat zu provozieren, ihn zu reizen und am Ende derart zu provozieren, dass Sie den Nachweis erbringen können, etwa nicht in einer Demokratie zu leben - nein, darauf werden wir uns nicht einlassen. Wir werden weiterhin dafür sorgen, dass in diesem Land die Meinungsfreiheit, auch die Demonstrationsfreiheit gewährleistet sind. Ich bin der Polizei sehr dankbar für den schweren Job, den sie an der Stelle leistet - auch mit vielen Sonderschichten. Ich bin auch dankbar für die Umstt, mit der an verschiedenen Stellen gehandelt wird, um den Zustand, den Sie sich so sehr wünschen, gerade nicht eintreten zu lassen. Nein, dieses Land bleibt ein offenes Land. Dieses Land bleibt ein diskussionsfreudiges Land, in dem jeder seine Meinung sagen kann und in dem wir - heute hier oder auch draußen auf der Straße - trefflich darüber diskutieren können, welche Maßnahmen angemessen sind, und das wird auch so bleiben. - Danke schön.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Wir haben wieder eine Kurzintervention, die der Abgeordnete Dr. Berndt angemeldet hat. - Bitte schön.

Herr Abg. Dr. Berndt (AfD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin! Herr Redmann, Sie haben mich jetzt doch provoziert. Ich weiß, dass damit unsere Kurzinterventionen verschlossen sind, aber das eine oder andere möchte ich erwidern.

Das Erste ist, Herr Redmann: Ich habe eine Grafik der Johns Hopkins Universität mit dem Titel „Our World in Data“ vor mir, Sie werden sie kennen. Sie enthält die wöchentlich bestätigten Covid-19-Toten pro 1 Million Einwohner, hier bezogen auf den 21. Dezember 2021. Auf Platz 1 der Grafik liegt Deutschland mit 31,5 und auf dem letzten Platz Schweden mit 3,74 - das ist fast ein Zehntel.

Was den Stringenz-Index, den Strengeindex, der Covid-19-Maßnahmen angeht - auch aus „Our World in Data“ vom 21. Dezember -, liegt Germany ganz oben mit 84,26; 100 ist der Höchstwert. Schweden liegt ganz unten mit 19,44. Daran können Sie sehen, dass der deutsche Weg der fortwährenden Einschränkungen nicht funktioniert hat.

Das Zweite, worauf ich hinweisen möchte, ist: Wir reden über Einschränkungen, de facto einen Lockdown, und wir sind im Dezember 2021. Wir reden über die gleichen Maßnahmen, über die gleichen vorausschauenden, ohne Detailkenntnis durchgeföhrten Kontaktbeschränkungen wie im März 2020. Was ist anders? Anders ist, dass die Impfung, in die Sie so viel Hoffnung setzen, weitgehend erfolgt ist. Über 70 % der Bevölkerung sind geimpft; bei den Erwachsenen sind es über 80 %.

Was hat das gebracht? Es hat gebracht, dass wir über die gleichen Maßnahmen wie vor der Impfung reden. Das ist doch der schlagende Beweis dafür, dass Ihre Impfpolitik - Ihre Impfpropaganda - nicht funktioniert hat. Die Impfung erfüllt die Versprechungen nicht!

Dass die Omikron-Fälle nicht ins Krankenhaus müssen, liegt nicht an der Impfung. Das liegt daran, dass die Omikron-Variante eine milde Erkrankung verursacht. Das ist nicht exklusiv für Omikron so, sondern Corona ist - das hat Herr Drosten bereits im März 2020 gesagt - per se in den meisten Fällen eine milde Erkrankung. Und deswegen sind Ihre Maßnahmen übertrieben.

Letzter Punkt: Provokation. Provozieren tut die Regierung. Die Provokateure sind in der Regierung. Wenn Sie sagen, es gibt keine roten Linien mehr, wenn Sie entgegen aller Versprechungen einen Impfzwang einführen und die Kinderimpfung propagieren, ist das eine Provokation und führt zu einer Spaltung im Land. - Vielen Dank.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Herr Abgeordneter Dr. Redmann, Sie möchten auf die Kurzintervention reagieren. Bitte schön.

Herr Abg. Dr. Redmann (CDU):

Ach, Herr Berndt, Schweden!

(Zuruf: Passt Ihnen wohl nicht?)

- Nein, das passt mir total super: Schweden. - Schauen Sie doch nicht auf die wöchentlichen Zahlen. In Schweden sind die Leute, die wegen der höheren Durchseuchung schwer erkrankt sind, in den vorherigen Wellen bereits gestorben. In vorherigen Wellen haben wir durch umsichtiges Handeln diese Infektionen verhindern und Menschen vor dem Tod bewahren können. Das ist die Wahrheit. Und deshalb steht Deutschland heute, was Tote angeht, besser als Schweden da.

Der nächste Punkt: Impfung. Was hat das gebracht? Natürlich wissen wir, dass der Impfstoff, den wir haben, gegen die Omikron-Variante schlechter schützt als gegen die Ursprungsvariante, wahrscheinlich auch noch schlechter als gegen die Delta-Variante. Trotzdem schützt er doch vor Hospitalisierung und Tod.

Das können Sie ganz einfach vergleichen: Wie viele Menschen waren vor einem Jahr mit Corona infiziert, als wir in Deutschland noch keinen Impfstoff hatten, und wie viele sind gestorben? Wie viele sind in diesem Jahr mit Corona infiziert? Die Geimpften sind nicht daran gestorben. Sie hatten milder Verläufe im Vergleich zum letzten Jahr. Das ist doch ein Erfolg. Ich freue mich darüber, dass die Impfungen dazu beigetragen haben, viele, viele Todesfälle zu verhindern.

Drittens: Herr Dr. Berndt, was Sie alles für Gewissheiten über die Omikron-Variante haben! Ich kann Ihnen nur empfehlen: Legen Sie Ihr Landtagsmandat nieder! Gehen Sie wieder in die Wissenschaft! Das sind ja bahnbrechende Erkenntnisse, die Ihnen in Ihrem Abgeordnetenbüro offenbar gekommen sind. Ich frage mich, welche Studien dem zugrunde liegen.

Wir haben bislang überhaupt kein valides Datenmaterial über die Omikron-Variante. Wir wissen etwas über Länder, die anders strukturiert sind als Deutschland: niedrigerer Altersdurchschnitt, höhere Durchseuchungsrate. Das ist doch mit Deutschland so nicht zu vergleichen. Ich kann nur hoffen, dass Omikron am Ende tatsächlich deutlich milder verläuft und in Deutschland nicht zu vielen Einweisungen in die Krankenhäuser und zu einer Überlastung führen wird. Ich weiß es aber nicht, ob es so sein wird. Und das Prinzip Hoffnung ist, glaube ich, in der Politik, wenn es um Leben und Tod geht - das sollten Sie als Arzt vielleicht auch wissen -, ein schlechter Ratgeber.

Im Übrigen, gehen Sie einmal ins Theater und gucken Sie sich den „Zerbrochenen Krug“ an. Mit dem Dorfrichter Adam ist es am Ende schlecht ausgegangen.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Der Abgeordnete Vida spricht für die BVB / FREIE WÄHLER Fraktion. Bitte schön.

Herr Abg. Vida (BVB/FW):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! Morgen ist Heiligabend, falls man das bei der Debatte vergisst. Das Fest der Liebe steht unmittelbar bevor, und wir begehen es pandemiebedingt erneut unter äußerst schwierigen Bedingungen.

Die Weihnachtsstimmung hält sich für viele in Grenzen. Statt „Oh du fröhliche“ singt die Bevölkerung immer häufiger „Alle Jahre wieder“, und zwar in der allseits bekannten sarkastischen Variante von Frank Schöbel. Leider belassen es immer mehr Bürger nicht beim Sarkasmus oder - noch schlimmer - verweigern die Mitwirkung gänzlich.

Diese Folge allein dem Virus zuzuschreiben, ist zu kurz gesprungen. Die allermeisten können die Bedeutung der Mutationen und die dadurch notwendigen Kursänderungen schon richtig einordnen.

Nein, dies geht auch an die Politik, die hinterfragt werden sollte, zum Beispiel wie sie mit der Bevölkerung umgeht und warum immer erst dann auf die Experten gehört wird, wenn die längst beschriebene Problemsituation vor der Tür steht.

Schon im Frühsommer haben uns ziemlich alle namhaften Experten und Wissenschaftler davor gewarnt, dass die kalte Jahreszeit für eine erneute Ausbreitung des Coronavirus sorgen würde. Statt die Entwicklung engmaschig zu überwachen, wurden Impf- und Testzentren - gegen das Drängen von BVB / FREIE WÄHLER auch hier im Landtag übrigens - geschlossen.

Luftfilter fehlen bis heute in den meisten Schulen. Und es kam, wie es kommen musste: Durch ein fehlgeleitetes Testregime entdeckt, konnte sich die vierte Welle entwickeln. Und sie trifft uns jetzt mit voller Wucht. Sie trifft auf eine Bevölkerung, die von einer Kaskade mehr oder weniger wirksamer Maßnahmen müde ist. Manche sind verunsichert, ob dies Verunsicherung vor dem Virus selbst ist, vor den ständigen Wolken der Politik oder den wirtschaftlichen Folgen des nächsten Lockdowns. Praktisch jeder Bürger trägt mittlerweile irgendeine Sorge im Herzen. Es sind Sorgen, die so existenziell wie unwillkürlich sind, dass zu sagen, habt doch keine Angst, nicht ausreichend ist.

Und was macht die Politik? Statt Vertrauen zu schaffen und den mit Sorgen überlasteten Bürgern zu sagen, wir nehmen deine Sorgen ernst und kümmern uns, redet man die Sorgen klein oder, noch schlimmer, schürt zusätzliche Ängste.

Diesen Teufelskreis müssen wir durchbrechen. Wir werden die Bürger nicht motivieren können, wenn wir sie immer wieder verängstigen. Wir müssen sie mitnehmen. Das schaffen wir nur, wenn wir ehrlich sind, und zwar nicht erst, wenn der Lockdown unabwendbar ist. Vor allem dürfen wir sie nicht bedrängen.

Unter dieser Prämisse machen uns die Ergebnisse der Videokonferenz der Ministerpräsidentenkonferenz vom 21. Dezember durchaus große Sorgen. Insbesondere unter Punkt 4, in dem es heißt, dass das Auftreten der Omikron-Variante die Einführung einer allgemeinen Impfpflicht erfordere und die Ministerpräsidenten hierzu Bundesregierung und Bundestag auffordern, alles vorzubereiten, irritiert uns doch gehörig.

Für uns als Fraktion BVB / FREIE WÄHLER stellt sich die Frage, auf welcher Grundlage der Ministerpräsident von Brandenburg im Namen des Landes diese Forderung zur Umsetzung einer Impfpflicht rechtfertigt und auf welches Mandant er das fußt. Es gab nach meiner Erinnerung weder einen Beschluss noch eine anderweitige Empfehlung dieses Parlaments.

Zuletzt gab es auch im Rahmen der ausführlichen Debatte über die epidemische Notlage im Rahmen der Sondersitzung des Landtages am 13. Dezember keine solche Entschließung. Bereits dort haben wir als BVB / FREIE WÄHLER unsere klare Ablehnung der Einführung einer allgemeinen Impfpflicht zum Ausdruck gebracht und in der Debatte davor gewarnt, dass ein solcher Schritt eine weitere Spaltung der Gesellschaft nach sich ziehen kann.

Meine Damen und Herren, dieses Umschwenken in der politischen Meinung auf praktisch allen Ebenen trotz der monatelangen wiederholten Beteuerungen aller Parteien und aller Experten verunsichert noch mehr Menschen in unserem Land.

Wir sind der Überzeugung, dass die meisten Menschen, die sich bisher nicht haben impfen lassen, die Impfung nicht ablehnen, weil sie die Pandemie nicht wahrhaben wollen, sondern weil sie teilweise noch nicht überzeugt sind, weil sie Befürchtungen haben oder weil sie einfach zurückhaltender sind als andere.

Nun mag man das als falsch bezeichnen. Diesen Menschen aber zu sagen, dass sie verpflichtet wären, ihre Ängste zum Wohl des Staates zurückzustellen, wird niemanden überzeugen. Wir müssen vielmehr mit Fakten und Zahlen überzeugen. Und wir haben jetzt Fakten und Zahlen, die wir vor einem halben Jahr nicht hatten: Mittlerweile sind fast 9 Milliarden Dosen Impfstoff gesetzt. Nach einem Jahr kann man sagen, dass es kaum Nebenwirkungen in diesem Bereich gibt und die Wirksamkeit offenkundig erwiesen ist. Deswegen sind die Ausführungen der antragstellenden Fraktion neben der Spur.

Natürlich ist es so, dass die Impfung vor schweren Verläufen und vor Todesfällen stärker schützt, als wenn jemand ohne Impfung ist. Das ist ein medizinischer Befund, den niemand leugnen kann. Das ist so. Vergleicht man den Anteil der Bevölkerung, der geimpft ist und der ungeimpft ist, mit der entsprechenden Hospitalisierungsrate und der Belegung der Intensivstationen, ist der Faktor bei Geimpften um das Achtfache geringer als bei Ungeimpften. Das ist ein Befund. Das ist so.

(Zuruf)

Meine Damen und Herren, das sind Erkenntnisse, mit denen man argumentieren kann. Ich glaube, dass die Zulassung von Novavax auch die Impfquote erhöhen wird. Das sind Argumente, die man vortragen kann, ohne eine Impfpflicht zu erzwingen. Sonst laufen wir Gefahr, einen Großteil dieser Menschen - und das sind nicht wenige - an undemokratische Strukturen und Bewegungen zu verlieren.

Meine Damen und Herren, zugleich sprechen wir uns gegen weitere gravierende Einschränkungen aus. Die wirtschaftlichen Folgen sind erheblich. Die 2G-Regelungen machen es nicht besser, sondern machen es in vielen Bereichen schlimmer. Es wird allenfalls beklagt, dass man erhebliche Einnahmeeinbußen - und zwar weit über den Anteil der Ungeimpften hinaus - in der Gastronomie und in anderen Dienstleistungsbereichen hat, weil natürlich auch sozusagen gemischte Gruppen wegbleiben. Deswegen ist das kein richtiger Weg.

Außerdem sind es weiterhin Einschränkungen von Freiheitsrechten. Die müssen eingepreist und abgewogen werden. Das passt aus unserer Sicht derzeit nicht in verhältnismäßigem Maße.

Meine Damen und Herren, natürlich ist die Lage ernst; das bezweifelt keiner. Die Intensivstationen arbeiten am Limit. Daher sehen wir die Notwendigkeit, Maßnahmen zu ergreifen, wie die Beschränkung von Großveranstaltungen, die nachvollziehbar und verhältnismäßig sind, die aber keine weitergehenden Einschränkungen im privaten Bereich zur Folge haben.

Meine Damen und Herren, erlauben Sie mir, etwas in eigener, wenn man so will, in parlamentarischer Sache zu sagen. Ich glaube, es zeigt sich sehr deutlich - auch in der heutigen Debatte - wie bedauerlich und falsch es war, in der Geschäftsordnung nicht jeder Fraktion in diesem Hause die Möglichkeit zuzulassen, eine Sondersitzung zu beantragen.

Nun mögen unsere Fraktion BVB / FREIE WÄHLER und die Fraktion DIE LINKE durchaus unterschiedliche Ansätze haben, was die Bewertung der Pandemie anbelangt. Ich glaube aber, niemand wird uns vorhalten, die Sache nicht sachlich zu betrachten, auch wenn wir zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen kommen. Dass aber uns, Ihnen - und nicht mal uns zusammen - die Möglichkeit nicht gegeben ist, eine Sondersitzung zu beantragen, ist ein demokratisches Manko, das uns hier eindrucksvoll vor Augen geführt wird.

Meine Damen und Herren, Vertrauen zu schaffen, ist unsere Aufgabe. Deshalb wünsche ich mir in dieser Notlage wieder einen positiveren Ansatz bei der Bewältigung der Krise. Auch wenn wir politisch über den richtigen Weg im Umgang mit der Pandemie streiten mögen, so darf dies den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserem Land nicht gefährden.

Eines darf diese Pandemie nicht erreichen, und zwar, dass wir unsere Werte für ein friedliches, soziales und für jedermann gleichberechtigtes Zusammenleben über Bord werfen. Wenn uns das gelingt, besteht die Chance, dass wir in einem Jahr am 23. Dezember 2022 in Würdigung der Heiligkeit des Festes „Oh du fröhliche“ wirklich wieder voller Inbrunst singen können. Das wünsche ich Ihnen, das wünsche ich uns und danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Danke schön. - Wir setzen mit der Abgeordneten Petra Budke für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fort. Bitte.

Frau Abg. Petra Budke (B90/GRÜNE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! Weihnachten steht vor der Tür. - So habe ich meine letzte Rede in einer Sondersitzung des Landtags zu Corona begonnen. Und jetzt steht Omikron vor der Tür. Omikron ist, wie wir heute schon mehrfach gehört haben, um ein Vielfaches ansteckender als die bereits hochinfektiöse Delta-Variante.

Wir müssen mit der fünften Welle rechnen und uns bestmöglich darauf vorbereiten, ihr zu trotzen. Inzwischen geht es nicht mehr nur um die Überlastung des Pflegepersonals und des Gesundheitswesens. Es geht auch um die Überlastung der Infrastruktur und der Daseinsvorsorge, um Polizei und Feuerwehr und auch um den Handel, um den öffentlichen Nahverkehr, um Müllabfuhr und Verwaltung. Die Menschen arbeiten an der Belastungsgrenze und darüber hinaus. Viele arbeiten auch an den Feiertagen. Ihnen allen möchte ich noch einmal sehr herzlich danken.

Bereits mit der letzten Eindämmungsverordnung haben wir die Maßnahmen zur Bekämpfung des Virus erweitert. Nach der Konferenz der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten und mit dem Bundeskanzler schärfen wir nun noch einmal nach.

Weihnachten steht vor der Tür. Die Weihnachtsgeschichte hat Heiner Klemp in der letzten Landtagssitzung am Freitag bereits erzählt. Er begann in etwa mit den Worten: Es geschah aber in jenen Tagen, dass ein Gebot von der Regierung ausging, ein jeder möge sich impfen lassen. Dies geschah, als Dietmar Woidke Ministerpräsident von Brandenburg war. Und alle gingen, sich impfen zu lassen, ein jeder in seine Stadt.

Der Impfstoff und die Impfangebote sind vorhanden. Ich habe mich gestern überzeugt, dass es auch heute und am 24. Dezember Möglichkeiten gibt, Impftermine zu bekommen. Impfen ist nach wie vor das beste Mittel, der Pandemie zu trotzen. Auch gegen Omikron hilft nur Impfen, Impfen, Impfen. Deshalb, liebe Brandenburgerinnen und Brandenburger, bitte ich Sie noch einmal eindringlich: Lassen Sie sich impfen.

Und weil Weihnachten ist, möchte ich daran erinnern: Es ist ein Privileg, in einem Land zu leben, in dem es Möglichkeiten gibt, sich vor dem Virus zu schützen, in dem Abstandsregeln eingehalten werden können, in dem es ausreichend Masken und Testmöglichkeiten gibt und in dem gut ausgestattete Krankenhäuser und Intensivstationen vorhanden sind.

Das alles ist keine Selbstverständlichkeit, denn das ist in vielen Ländern der Welt so nicht der Fall.

Es ist auch eine Frage der globalen Gerechtigkeit, auch die Länder des Globalen Südens mit ausreichend Impfstoff zu versorgen. Wir können es nämlich gar nicht oft genug sagen: Die Pandemie ist erst vorbei, wenn sie für alle vorbei ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die meisten von uns feiern Weihnachten traditionell: mit der Familie, vielleicht auch im engen Freundeskreis, mit Weihnachtsbaum und Weihnachtsliedern, mit Geschenken und gutem Essen. Aber die Weihnachtsgeschichte ist eigentlich viel mehr: Sie ist eine Friedensbotschaft. Im Weihnachtsevangelium verkünden die himmlischen Heerscharen den „Frieden auf Erden“. Deshalb ist es so bedrückend, dass die Zahl der Demos von Coronaleugnerinnen und -leugnern in Brandenburg immer weiter zunimmt und es zu immer mehr gewalttätigen Überschreitungen kommt, auch zum Beispiel gegen Journalistinnen und Journalisten,

(Unruhe)

dass dort diejenigen mit Parolen verunglimpt werden, die sich für das Impfen und damit für Verantwortung und Solidarität entschieden haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Weihnachtsbotschaft ist auch ein Auftrag für uns hier im Brandenburger Landtag. Meine Gedanken sind in diesen Tagen auch bei den Menschen, die auf der Flucht vor Krieg, Verfolgung und Gewalt sind, bei denen, die in den letzten Tagen im Mittelmeer ertrunken sind, und bei denen, die im Grenzgebiet zwischen Belarus und Polen festsitzen - mitten im Wald bei eisigen Temperaturen, ohne ausreichenden Schutz und Nahrung.

Ich freue mich umso mehr, dass wir hier einen kleinen Anteil geleistet haben und unser Landesaufnahmeprogramm gestartet ist. 195 besonders schutzbedürftige Geflüchtete sind im Dezember bei uns angekommen. Wir wollen ihnen dauerhaft Schutz vor Verfolgung und ein Leben in Frieden, Freiheit und Sicherheit bieten. Und mit dieser frohen Botschaft ende ich heute hier und wünsche Ihnen und allen Brandenburgerinnen und Brandenburgern ein friedliches und frohes Weihnachtsfest. Kommen Sie gesund ins neue Jahr! - Danke schön.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Danke schön. - Als Nächster spricht Herr Ministerpräsident Dr. Woidke für die Landesregierung. Bitte schön.

Ministerpräsident Dr. Woidke:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ja, ich kann den Vorrednern nur zustimmen, die das hier schon dargestellt haben: Die Lage ist besorgniserregend. - Das ist auch kein ganz neuer Befund, erst recht nicht in der Pandemie. Aber ich bin nach wie vor darüber erschüttert, dass noch nicht alle verstanden haben, worum es hier geht - leider auch nicht in diesem Hohen Haus. Und, Herr Berndt, ja, es ist richtig: Wir versuchen gemeinsam mit diesem Parlament, prophylaktisch, also vorher, dafür zu sorgen, dass es zu keiner Überlastung unseres Gesundheitssystems kommt. - Wenn Sie hier sagen: „Es ist ja nicht zu dieser Überlastung gekommen“, dann bin ich froh darüber und sage: Danke schön! Das ist unser Erfolg, genau das wollten wir erreichen, und wir haben es in den letzten schwierigen Monaten gemeinsam mit den Menschen, die Verantwortung tragen, erreichen können!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in der vierten Corona-welle, die momentan etwas flacher wird - ich sage es vorsichtig -, baut sich jetzt leider schon eine fünfte Welle auf; sie steht nicht vor der Tür, sondern ist schon in Deutschland angekommen, es gibt mehrere Tausend Infektionsnachweise der Omikron-Variante. Das heißt: Wir müssen uns darauf einstellen, dass diese Variante demnächst hier bei uns in Brandenburg die vorherrschende sein wird.

Ich verstehe alle, die nichts mehr von Corona, nichts mehr von Varianten, nichts mehr von Maßnahmen und Eindämmung hören wollen. Ich verstehe alle, die sagen: Ich habe einfach keine Lust mehr, mich jetzt schon wieder mit diesen Geschichten zu beschäftigen; es gibt noch so viele andere Dinge, die zu tun wären, und das auch noch gerade jetzt, vor dem Weihnachtsfest. - Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, auch wenn wir müde und erschöpft sind; das Virus ist es offensichtlich nicht. Deshalb müssen wir weiter realistisch bleiben, müssen entschlossen bleiben, und wir müssen wachsam bleiben. Deshalb hat gestern noch einmal, kurz vor Weihnachten, die Bund-Länder-Runde getagt; die Ergebnisse sind hier in dieser Sondersitzung des Landtages ja schon gewürdigt worden.

Der Coronaexpertenrat der Bundesregierung hat vor einer neuen Dimension des Pandemiegeschehens gewarnt. Eine solche Dimension des Pandemiegeschehens heißt, dass sich auch Geimpfte und Genesene leichter anstecken können, aber - das muss man immer dazusagen - hinsichtlich des Krankheitsverlaufs eben deutlich besser geschützt als Ungeimpfte sind.

Und wir haben am Dienstag bundesweit auf die sich zuspitzende Situation reagiert und Verschärfungen zur Eindämmung der Coronapandemie - bundesweit einen Mindeststandard an Maßnahmen - beschlossen. Uns bestärkt dabei auch und gerade hier in Brandenburg, dass die Maßnahmen, die wir bisher beschlossen haben, die ja weiterhin wirken, schon geholfen haben, die vierte Welle nicht mehr so dynamisch steigen zu lassen, sondern sie bei uns in Brandenburg sogar in eine Seitwärtsbewegung gebracht haben. Aber: Ich halte es für notwendig, dass sich Bund und Länder intensiv in diesen Fragen abstimmen. Ich halte es für notwendig, dass wir bundeseinheitlich - möglichst weitgehend bundeseinheitlich - agieren, und ich halte es gerade in einer Situation, in der vieles noch so unklar ist wie jetzt bei der Omikron-Variante, für notwendig, dass wir uns nicht nur unter den Kolleginnen und Kollegen Ministerpräsidenten und der Bundesregierung eng abstimmen, sondern auf den Expertenrat hören und die Hinweise der Expertinnen und Experten, die vom Vorsitzenden des Expertenrats, Herrn Heyo Kroemer, vertreten wurden, dann auch umsetzen.

Ich glaube, dass es unumgänglich war, jetzt vor allen Dingen eines zu tun, und das hat die neue Bundesregierung seit dem ersten Tag, an dem sie im Amt war, zur Bekämpfung der Corona-pandemie getan: ganz schnell mit den Boosterimpfungen voranzukommen. Und es wird möglich sein - ich war da skeptisch; das gebe ich ganz ehrlich zu -, bis morgen, bis Heiligabend, mehr als 30 Millionen Menschen in Deutschland geimpft zu haben. Das ist eine riesengroße Leistung. Diese Leistung war nur gemeinsam mit den Ländern zu erreichen, und sie war nur zu erreichen, weil auch viele Akteure im Gesundheitssystem - hier spreche ich von Menschen, die seit fast zwei Jahren mehr oder weniger im Ausnahmezustand leben, in großen Teilen körperlich wie auch psychisch an die Grenze ihrer Belastbarkeit gekommen sind, weil sie noch einmal alles gegeben haben, um die Menschen in unserem Land zu schützen - mitgeholfen haben. Es sind die Boosterimpfungen, es sind die Impfungen, die neben der Vermeidung von Kontakten am besten schützen.

Aber, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, es ist eine reale Gefahr, dass demnächst viele Beschäftigte krankheitsbedingt oder auch aufgrund von Quarantänebestimmungen zumindest ausfallen können. Das kann die gesamte kritische Infrastruktur in große Probleme bringen. Wenn Sie die Hochrechnungen kennen bzw. gelesen haben, dass es schon Mitte Januar 10 Millionen mit der Omikron-Variante Infizierte in Deutschland geben kann, dass es dann allein mehr als 2 Millionen Menschen, die im Gesundheitssystem Verantwortung tragen, treffen kann, dann wissen Sie, dass unser System nicht nur an die Grenze der Belastbarkeit stößt, sondern die Grenze der Belastbarkeit überschritten werden wird. Kritische Infrastruktur ist eben nicht nur das Gesundheitssystem, es ist auch die Polizei, es ist die Feuerwehr, es ist die Energieversorgung und vieles, vieles andere mehr bis hin zur Logistik in der Lebensmittelversorgung.

Deshalb müssen dort jetzt Notfallpläne an die Gefahr durch die Omikron-Variante angepasst und aktiviert werden, und ich bin froh, dass wir gestern gemeinsam mit dem Kabinett, mit Ursula Nonnemacher, Michael Stübgen, mit unseren Landrättinnen und Landräten und den Oberbürgermeistern entsprechend darüber geredet haben, wie wir auch dieser Gefahr der Überlastung der kritischen Infrastruktur in Brandenburg begegnen können. Wir werden hierzu einen Krisenstab einberufen. Er ist im Innenministerium in Bildung. Er wird als Ansprechpartner für die Beteiligten aus den Regionen, für Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Amtsdirektoren, genauso für Landräte und Oberbürgermeister zur Verfügung stehen, um möglichst schnell reagieren zu können, wenn es nötig ist, um die Funktionsfähigkeit der kritischen Infrastruktur weiter zu gewährleisten.

Um, wenn es nötig ist, zu reagieren - das hat auch die Ministerpräsidentenkonferenz beschlossen -, stehen die Ministerpräsidenten - wir stehen, wie es Herr Kroemer sagte, vor einer Lage, die sich täglich ändern kann, die sich täglich vielleicht auch zum Guten ändern kann mit mal guten Nachrichten, was die Omikron-Variante betrifft, die sich aber genauso auch zum Schlechten ändern kann - auch über die Zeit der Feiertage, über die Zeit des Jahreswechsels - auf Stand-by, um sich, wenn es notwendig sein sollte, früher als am 7. Januar zu treffen. Wir hoffen das allerdings nicht. Wir hoffen, dass wir mit den Maßnahmen, die getroffen worden sind, der Omikron-Variante die Stirn bieten können.

Für uns gibt es aus dem Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz nur eine Veränderung, die wir an der Eindämmungsverordnung vorgenommen haben, und das hängt nicht damit zusammen, dass wir lax mit diesem Beschluss umgehen, sondern es hängt einfach damit zusammen, Herr Walter, dass wir in unserer Eindämmungsverordnung schon seit dem 12. Dezember deutschlandweit die weitestgehenden Beschlüsse in Kraft ha-

ben. Und diese gelten natürlich weiter. Das sind Einschränkungen für viele Menschen, die uns sehr schwergefallen sind. Diese werden jetzt noch durch die Kontaktreduzierung auf maximal zehn Personen, die sich treffen können, ergänzt, die ab dem 27. Dezember hinzukommt. Aber ich glaube, dass vor dem Hintergrund der Situation, in der wir uns momentan befinden, diese Entscheidung richtig, notwendig und auch angemessen ist.

Ich habe zum Abschluss meiner Rede zwei Bitten. Meine erste Bitte ist eine Bitte an die Brandenburgerinnen und Brandenburger. Liebe Brandenburgerinnen und Brandenburger, nehmen Sie bitte die zahlreichen neuen Möglichkeiten zur Impfung wahr! Eine solche Impfung schützt zwar nicht zu 100 %, das wurde auch niemals von irgendjemand gesagt,

(Zuruf: Doch!)

aber sie

(Zuruf: Einmal spritzen reicht doch!)

sorgt dafür, dass die Krankheitsverläufe deutlich milder und schwächer sind und die Menschen, die daran erkranken, eine bessere Chance haben, schneller wieder gesund zu werden. Und die Boosterimpfung, die jetzt schon drei Monate nach der zweiten Impfung durchgeführt werden sollte, bietet einen deutlichen Schutz vor der grassierenden Omikron-Variante. Ich bin froh, dass wir es gemeinsam mit den Landräten und Landräten und den Oberbürgermeistern geschafft haben, die Impfkampagne in Brandenburg auf ein Niveau zu bringen, dass wir in den letzten Wochen Zahlen erreichen konnten, liebe Ursula Nonnemacher, lieber Michael Stübgen, die wir in dieser Art und Weise noch nie hatten. Danke an alle Beteiligten! Dieses Tempo müssen wir weiter hochhalten.

Meine zweite Bitte ist: Liebe Brandenburgerinnen und Brandenburger, meine sehr verehrten Damen und Herren, passen Sie während der Feiertage und auch zwischen den Feiertagen besonders gut auf sich und Ihre Mitmenschen, Ihre Angehörigen auf! Freiwillige Schnelltests können helfen, eine kleine Familienfeier noch sicherer zu machen und das Risiko der Ansteckung deutlich zu senken.

Ich hoffe, dass wir uns im neuen Jahr alle gemeinsam solidarisch den neuen Herausforderungen des Jahres 2022 stellen können. Ich hoffe, dass wir gemeinsam auch über die Weihnachtszeit, über den Jahreswechsel die Maßnahmen und die Bekämpfung des Coronavirus ernst nehmen, um den Menschen, die im Gesundheitssystem auch über die Feiertage hinweg Verantwortung für andere tragen, die Arbeit möglichst leicht zu machen, eine Arbeit, die ohnehin schon viel zu schwer ist, und ich hoffe, dass wir auch im kommenden Jahr gemeinsam erfolgreich hier im Brandenburger Landtag für unser Land arbeiten. Alles Gute für Sie! - Herzlichen Dank.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Vielen Dank. - Das Wort geht an Frau Ministerin Nonnemacher. Gesundheit hat in diesem Jahr die wichtigste Rolle gespielt. Bitte schön.

Ministerin für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz Nonnemacher:

Sehr verehrte Frau Landtagspräsidentin! Meine Damen und Herren! Die heutigen Zahlen sprechen wieder für sich. Wir haben 2 321 Neuerkrankungsfälle, die Inzidenz sinkt leicht auf 528,7, ist damit aber immer noch etwa doppelt so hoch wie im Bunde stend, und wir haben eine Hospitalisierungsinzidenz von 6,95 sowie eine Auslastung der Intensivkapazitäten von 25,1 %. Die Zahl der aktuell Infizierten hat sich in den letzten Wochen auf ca. 50 000 erhöht. Das Gesundheitssystem arbeitet jetzt schon unter hoher Last, teilweise über der Belastungsgrenze; Hospitalisierungsinzidenz und Intensivauslastung liegen anhaltend im Alarmbereich.

Die Versorgung von Nicht-Covid-Patienten ist bereits jetzt eingeschränkt durch Freihalteanordnung und durch Verschiebung elektiver Eingriffe. Im Krankenhaus sind schwerwiegende Verluste im Personalbereich dadurch zu verzeichnen, dass viele Menschen dem Beruf den Rücken gekehrt haben, dadurch, dass sie selbst erkrankt sind, dadurch, dass sie in Quarantäne sind. Diese Tendenz wird zunehmen.

Die leicht sinkenden Inzidenzwerte dürfen uns nicht täuschen. Wir werden über die Feiertage, wie wir das auch letztes Jahr gewohnt waren, durch Melderückstände und verminderter Testen auch da einen Pseudorückgang zu verzeichnen haben.

Jetzt steht diese neue Variante Omikron, erst seit dem 24.11.2021 sequenziert und bekannt, im Raum und hat eine neue Dimension im Pandemiegesc h ehen eröffnet. Durch die stark gestiegene Übertragbarkeit und das Unterlaufen des Immunschutzes ist mit einer explosionsartigen Verbreitung bei Verdopplungszeiten von zwei bis drei Tagen zu rechnen. Der Blick nach Südafrika, ins Vereinigte Königreich, nach Dänemark und Norwegen und die Niederlande ist sehr lehrreich. Großbritannien hatte gestern 106 000 Neuinfektionen bei einer Bevölkerung von 68 Millionen. In unserem Nachbarland Polen waren gestern an einem einzigen Tag 775 Todesfälle bei einer Bevölkerung von 38 Millionen zu beklagen.

Die Diskussionen, ob Omikron möglicherweise zu einem milde ren Verlauf führen könnte, sind nicht abgeschlossen. Aber allein der massenhafte Anfall an Neuerkrankten wird zu einer irrsinnigen Belastung für das Gesundheitswesen und für die gesamte kritische Infrastruktur werden. Und in Deutschland, insbesondere in Ostdeutschland mit seinen großen Impflücken, ist mit besonders hoher Krankheitslast zu rechnen.

Ziemlich gesichert ist glücklicherweise, dass die Boosterung den Schutz gegen diese Variante auch deutlich verstärken kann. Deshalb ist es so wichtig, dass die Impfkampagne auch bei uns hier in Brandenburg in den letzten Wochen so gut Fahrt aufgenommen hat, dass wir schon in den letzten drei Wochen das auf dem Impfgipfel gesteckte Ziel von über 160 000 Impfungen pro Woche weit übertreffen könnten. Auch an den Feiertagen wird durch die Ärzte und durch unsere Kommunen weiter geimpft.

(Beifall)

- Danke schön für Ihren Beifall. Ich habe heute eine Pressemitteilung herausgegeben und mich noch einmal bei allen, die auch

jetzt arbeiten, um diese Pandemie zu bekämpfen, wirklich aus vollem Herzen bedankt.

Auch wenn wir alle müde sind, müssen wir parallel die Eindämmungsmaßnahmen intensivieren. Wir müssen Kontakte, größere Ansammlungen meiden, wir müssen konsequent möglichst FFP2-Masken in Innenräumen tragen, und zum flankierenden Einsatz von Schnelltests hat sich auch der Ministerpräsident geäußert. Deshalb hat die MPK am 21.12.2021 weitere Beschlüsse gefasst. Ich verhehle nicht, dass sie aus meiner Sicht noch etwas beherzter hätten ausfallen können. Und das Kabinett hat gestern in Ergänzung dieser Beschlüsse die Zehner-Regelung für Geimpfte und Genesene in unsere Eindämmungsverordnung aufgenommen. Die Dominanz von Omikron wird in Deutschland in einer Woche, vielleicht in zwei, spätestens in drei Wochen erwartet. Und vermutlich wird auch dann weiteres Nachsteuern möglich und nötig werden.

Herr Dr. Berndt, ich habe Ihre Rede heute Morgen wirklich als unangemessen und lächerlich empfunden, wie Sie sich hier als Freiheitskämpfer inszenieren. Die Menschen treibt es nicht in Massen auf die Straße, wo wie in Cottbus die Gesinnungsbrüder die Pressefreiheit mit Füßen treten, sondern die Menschen treibt es in Scharen, in Millionenscharen zu den Arztpraxen und zu den Impfzentren. Wir hatten letzte Woche in der Bundesrepublik Deutschland 6,5 Millionen Impfungen. Und das ist das klare Zeichen, wohin die Reise geht!

Was mich ganz besonders ärgert: Ihr falsch verstandener Freiheitsbegriff: Es ist nicht zumutbar, eine Maske zu tragen, es ist nicht zumutbar, sich an die Hygiene-Regeln zu halten, es ist nicht zumutbar, Kontakte zu vermeiden oder dass sich die Menschen impfen lassen. Diese falsch verstandene Freiheit muss von anderen ausgebated werden, von den Leuten, die auf unseren Intensivstationen zehn Stunden mit FFP3-Maske und steril verkleidet Schwerstkranke versorgen, von Polizisten und Polizistinnen, die sich Ihren Fackelzügen irgendwie stellen müssen,

(Zuruf)

von den vielen Hilfsorganisationen, die mit der freiwilligen Feuerwehr und der Berufsfeuerwehr gemeinsam das Rückgrat unseres Katastrophenschutzes bilden und die auch an den Feiertagen bereitstehen, um auszuholen, wenn es in Pflegeeinrichtungen oder in Krankenhäusern überhaupt nicht mehr geht. Die baden das alles aus, die Ärzte und Ärztinnen, die impfen, die medizinischen Fachangestellten!

Die Landesregierung bereitet sich in all ihren Bereichen auf den Ernstfall vor und wir haben kein Verständnis dafür, dass das Infektionsgeschehen durch Demonstrationen oder Fackelzüge noch angeheizt wird. Bitte bleiben Sie kooperativ, damit wir gemeinsam diese schwere Herausforderung meistern können. - Und Ihnen frohe Weihnachten.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Danke schön. - Meine Damen und Herren, durch Zeitüberschreitung bestünde noch einmal die Möglichkeit zu reden. Das möchte Herr Abgeordneter Hohloch für die Einbringerfraktion AfD wahrnehmen. Bitte schön.

Herr Abg. Hohloch (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Nonnemacher, das war ja mal wieder schwer erträglich, was Sie hier abgeliefert haben.

(Zurufe)

Wenn Sie sich einmal,

(Weitere Zurufe)

ein einziges Mal mit dieser Vehemenz, mit der Inbrunst, mit der Sie hier gegen Personen und Menschen in diesem Land hetzen, Ihrem Job widmen würden, dann wäre die Situation in diesem Land gar nicht so dramatisch, wie sie ist. Aber wie wir ja wissen,

(Zuruf)

versagen Sie ja permanent bei Ihrer Arbeit, sei es bei der Testung, sei es bei der Impfung. Bei allem, was in den letzten Monaten wichtig war, hat diese Gesundheitsministerin versagt. Bei dem einzigen ...

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Herr Abgeordneter Hohloch, entschuldigen Sie die Unterbrechung, aber bis jetzt war es eine wirklich ruhige Debatte und Sie haben jetzt einen Ton an den Tag gelegt, der das nicht so darstellt.

(Zuruf)

Ich möchte Sie herzlich bitten, in Ihrer Wortwahl doch behutsamer vorzugehen.

Herr Abg. Hohloch (AfD):

Frau Präsidentin, da ich nicht weiß, welche Worte in meiner Wortwahl Ihnen jetzt missfallen haben,

(Zurufe)

werde ich jetzt in der Art und Weise weiterreden, wie ich es eben getan habe. Sie können mich darauf hinweisen, wenn Ihnen ein Wort nicht gefällt, dass ich das bitte unterlasse. Aber ich weiß gerade ehrlich nicht, welches Wort ich verwendet haben soll.

Frau Nonnemacher, um jetzt nach der Unterbrechung noch einmal auf Sie zurückzukommen: Wenn ich hören muss, dass auf den Kundgebungen, auf den Demonstrationen, die hier stattfinden, nur Querdenker, Extremisten, Nazis,

(Zurufe - Unruhe)

Fackelträger oder sonst welche Extremisten herumlaufen, meine Damen und Herren - das ist schlachtweg eine Lüge. Wären Sie

einfach einmal in Cottbus dabei gewesen, dann hätten Sie gewusst, wie friedlich das dort abgelaufen ist. Da wurde ein Journalist vom RBB angerempelt. Das ist der große Angriff auf die Pressefreiheit, meine Damen und Herren? Was ist das denn?! Das ist doch lächerlich und Sie machen sich alle mit lächerlich, wenn Sie das Ganze unterstützen.

Ich möchte noch eins zu Cottbus sagen: Da waren mehrere tausend Menschen auf der Straße und die sind nicht mit Fackeln rumgelaufen. Die haben keine Gebäude zerstört, irgendwas angezündet, die sind nicht wie eine Meute durch die Stadt gejagt, sondern die haben sich versammelt, weil sie Ängste haben, die haben sich versammelt, weil sie von der Politik in diesem Land nicht ernst genommen werden.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Herr Abgeordneter, lassen Sie ...

Herr Abg. Hohloch (AfD):

Und diese Stimmen müssen wir hören, meine Damen und Herren. Aber die unterbinden Sie permanent mit Ihren Eindämmungsverordnungen.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Herr Abg. Hohloch (AfD):

Nein, wie ich beim letzten Mal schon sagte, hat Herr Redmann seine Zwischenfragen bei mir verspielt.

(Gelächter)

Meine Damen und Herren, vielleicht sollten Sie diesen Bau hier wirklich einmal verlassen - da wiederhole ich mich mit dem, was ich beim letzten Mal gesagt habe -, dann würden Sie nämlich mal

(Zurufe)

das Land draußen so wahrnehmen, wie es ist, nämlich als ein gespaltenes Land. Und das, was Sie hier machen, so abschätzig, wie Sie über die Menschen reden, führt nicht dazu, dass diese Spaltung aufhört, nein, meine Damen und Herren. Nein, Sie werden sie immer weiter verschlimmern!

(Zuruf: Sie betreiben Spaltung!)

Was Sie heute hier alle gesagt haben, war ja auch schon bezeichnend, es war bemerkenswert. Die SPD fragt sich, was so eine Sondersitzung überhaupt soll. Ich weiß, Parlamentarismus ist lästig, wenn man in der Regierung ist und wenn man die MPK hat, wo man sich eigentlich mit Parlamenten überhaupt nicht mehr auseinandersetzen muss, sondern einfach beschließt. Und wenn man darüber diskutiert, dann muss man sich erst einmal fragen: Warum macht man das eigentlich, Herr Keller? - Das macht man, weil das eben das Parlament ist und weil wir die Volksvertreter dieses Landes sind und weil wir über einschneidende Maßnahmen logischerweise immer diskutieren. Dass wir das machen, haben wir seit 2019 angekündigt, und wir werden es auch 2022 weiter so tun, meine Damen und Herren.

Die Linke sagt, die Impfung schützt, aber sie fordert genau dieselben alten Kamellen wie 2020 und 2021: Schulen hätten geschlossen werden müssen, wir bräuchten Wechselunterricht. Dabei wissen mittlerweile alle, wie schlecht es um unsere Kinder und um die Bildung in diesem Land bestellt ist, wir wissen alle, welche dramatischen Auswirkungen die Lockdowns auf unsere Kinder hatten. Ich hatte erst in der letzten Aktuellen Stunde, die wir hier hatten, einen Bericht von einem Mädchen vorgelesen, das durch den Lockdown sehr schwer erkrankt ist. Das ist kein Einzelfall, meine Damen und Herren. Und Sie von der Linken haben daraus nichts gelernt. Das ist wirklich schade.

Und die CDU: Herr Redmann, auch das wiederhole ich gerne. Sie stellen sich hier wieder hin, sind ganz ruhig und nüchtern und erzählen uns wieder was von Überlastungen von Intensivstationen und drücken dem Pflegepersonal und den Ärzten Ihre Anteilnahme aus. Sie sind doch schuld, dass dieses Gesundheitssystem am Rande seiner Kapazitätsgrenzen arbeitet! Sie sind schuld, dass unser Gesundheitssystem unterfinanziert ist, Sie sind schuld, dass die Arbeitsbedingungen schlecht sind und die Leute dort wirklich nicht mehr weiterwissen, und nicht Corona, meine Damen und Herren.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Würden Sie jetzt eine Zwischenfrage gestatten, Herr Abgeordneter?

Herr Abg. Hohloch (AfD):

Nein, Frau Präsidentin.

(Zuruf: Feige! - Weitere Zurufe)

- Das erspare ich mir jetzt mal.

Die Grünen haben wieder nichts anderes zu tun, als - wie Frau Budke in jeder Rede - sich erst einmal bei irgendjemandem zu bedanken - das machen Sie ja immer besonders gern - und zum Schluss dann wieder gegen Demonstranten zu hetzen. Meine Damen und Herren, mit diesem Kurs, den Sie fahren, fahren Sie den Karren gegen die Wand, Sie fahren ihn richtig gegen die Wand.

Über die Beschlüsse hat ja heute keiner gesprochen. Der Ministerpräsident hat gesagt, die Beschlüsse wurden gewürdigt, und hat sie nicht einmal verlesen. Wir dürfen uns jetzt

(Zurufe - Unruhe)

über Weihnachten bis Neujahr nicht einmal mehr mit mehr als zehn Personen treffen. Sie wissen ganz genau, wen das am meisten trifft.

(Zurufe)

Es trifft die Demonstranten in diesem Land, die ihre Spaziergänge schon überall in jeder Stadt

(Zurufe)

angekündigt haben, weil sie sich nämlich aufgrund dieser Maßnahmen, die Sie hier

(Zurufe)

verkündet haben, kaum noch versammeln können.

(Zurufe)

- Kommen Sie doch erstmal wieder runter, nehmen Sie ein bisschen Ritalin und entspannen Sie sich mal ein bisschen. So.

Sie haben dafür gesorgt - und damit komme ich jetzt auch zum Schluss, meine Damen und Herren -, dass jeder Protest, jede Kundgebung, jede Demonstration, jeder Akt, die Freiheit in diesem Land zu leben, unmöglich gemacht wird. Sie haben mit Ihren Coronamaßnahmen dafür gesorgt,

(Zurufe)

dass das in Cottbus, obwohl Tausende friedlich auf die Straße gehen wollten, obwohl alles angemeldet war - die Route war angemeldet, die Leute wären einfach langgelaufen und hätten protestiert -, nicht funktioniert. Dann kommt der Staatsfunk und sagt: Die Leute, die dort demonstrieren, haben das illegal gemacht, sind illegal durch die Straßen gelaufen. Na, was bleibt Ihnen auch anderes übrig, sie haben ja gar keine andere Möglichkeit. Und dadurch, dass sie das illegal gemacht haben, skandalisieren Sie das wieder hier im Landtag, um schlussendlich wieder schärfere Maßnahmen zu erlassen, um diese Menschen zu gängeln. Das ist das perfide System der Spaltung, das Sie hier an den Tag legen, meine Damen und Herren. Und da tut es mir ganz ehrlich leid, da möchte ich von Ihnen einfach keine frohen Weihnachten gewünscht haben, denn das glaube ich Ihnen wirklich nicht. - Vielen Dank.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Ich blicke in die Runde und frage, ob sich eine Fraktion noch zu Wort melden möchte. - Bitte schön. Herr Abgeordneter Walter für die Fraktion DIE LINKE.

Herr Abg. Walter (DIE LINKE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Hohloch, AfD-Fraktion, ich weiß, mit Ihnen muss man nicht mehr diskutieren. Aber es ist wichtig, die Dinge hier nicht einfach so stehen zu lassen. Und ich sage Ihnen eins: Sie werden in diesem Parlament nie das letzte Wort haben, gerade in dieser Debatte, und Sie dürfen auch nicht das letzte Wort haben.

Sie sagen: „Die Freiheit wird eingeschränkt“, ihr Fraktionsvorsitzender redet von Totalitarismus. Dann sage ich Ihnen einmal: Wissen Sie, wenn wir in einem totalitären Staat, wenn wir in einer Diktatur lebten,

(Zuruf)

dann dürften Sie hier nicht reden, lieber Herr Hohloch, dann könnten Sie auch nicht irgendwelche Banner tragen, auf denen „Woidke muss weg!“ oder so ein Quatsch steht. Deshalb: Nein, das Demonstrationsrecht ist nicht eingeschränkt.

(Zuruf: Was?!)

Sie können sogar demonstrieren gehen, Sie können auf die Straße gehen. - Sie stellen sich hier hin und tun so, als ob Sie den Rechtsstaat verteidigen wollten. Dann erklären Sie mir doch mal bitte, wie man denn den Rechtsstaat verteidigen will, wenn man sich nicht an rechtsstaatliche Prinzipien hält, nämlich dass man Demonstrationen anmeldet, wenn man sie durchführen will,

(Zuruf: Die waren doch angemeldet!)

und das nicht „Spaziergänge“ nennt. Im gesamten Land gibt es „Spaziergänge“, und damit zeigen Sie auch: Sie verachten ...

(Zuruf: Die waren alle angemeldet!)

- Herr Hohloch, Sie haben gerade gesagt, man soll sich entspannen; dann tun Sie das doch bitte auch. Sie konnten hier reden, konnten sich aufregen. Lassen Sie mich doch einfach. - Und zu Ihren Diktaturvergleichen sage ich Ihnen klar und deutlich: Es gab in diesem Land zwei Diktaturen, und diese zwei Diktaturen haben zu vielen Opfern geführt. Deswegen: Mit dem, was Sie hier immer wieder tun, wenn Sie von Totalitarismus schwadronieren, zeigen Sie nur, wie Sie die Opfer des Naziregimes und der SED-Diktatur verachten! Das zeigen Sie! - Erstens.

Zweitens: Sie zeigen, dass Sie diese Demokratie und die demokratischen Institutionen verachten, indem Sie hier immer wieder Sondersitzungen einberufen, uns immer wieder dasselbe erzählen.

(Zuruf)

Das Parlament in diesem Land ist nicht umsonst eines der höchsten Gremien, die wir haben - Gott sei Dank! Und seien Sie doch ehrlich: Ginge es nach Ihnen, reichte es Ihnen auch aus, wenn in diesem Parlament nur Ihre Fraktion säße, denn Sie können keinen Widerspruch aushalten. Meinungsfreiheit bedeutet, dass Meinungen ausgetauscht werden und nicht - wie Sie das hier gerne haben wollen -, dass Sie die ganze Zeit nur recht haben; das ist keine Meinungsfreiheit. Sie verachten die Demokratie und ihre Institutionen!

Wenn Sie immer wieder davon erzählen, wer hier gerade schuld ist, dass die Intensivkapazitäten ausgeschöpft sind, dass die Menschen Doppelschichten, Sonderschichten in den Krankenhäusern leisten müssen, dann zeigen Sie damit auch: Sie verachten auch die Menschen, die in den Krankenhäusern und den Pflegeheimen arbeiten, weil Sie es sind,

(Zuruf)

die gegen jede faktenbasierte Wissenschaft, gegen jede Erkenntnis, die wir in diesen zwei Jahren gewonnen haben, die Leute verunsichern, indem Sie davon schwadronieren, dass Impfungen ja gar nicht schützen und dass es bei den Impfungen sogar Todesopfer gebe; das wurde hier ja auch schon erzählt.

Noch ein Fakt, vielleicht hilft der ja: Blicken wir nach Südafrika, Omikron-Variante, und auf die Toten, die es dort gibt, dann stellt man fest: 87 % der Toten in Südafrika waren Ungeimpfte, 0 % der Toten waren geboostert. Was wollen wir denn noch? Ich könnte Ihnen zehn weitere Fakten nennen, aber das ist Ihnen egal. Sie wollen verunsichern, Sie wollen spalten, und Sie zeigen

damit: Sie sind mit Ihrer Propaganda gegen das Impfen mitverantwortlich, dass die Intensivstationen voll sind. Deshalb verachten Sie auch die Menschen, die dort arbeiten!

Sie verachten auch die Todesopfer dieser Pandemie. Da frage ich mich: Wie schäbig - wie schäbig! - muss man eigentlich sein, wenn in der letzten Woche aus Ihrer Fraktion eine Pressemitteilung in die Welt hinausposaunt wird, in der steht, dass der Tod eines Sportlers - anscheinend verursacht durch Herzversagen - bestimmt mit der 2G-Regelung und der Impfung zusammenhängt. Was sagen Sie eigentlich der Familie des Sportlers? Glauben Sie ernsthaft, dass die wollen, dass Sie ihn ohne jegliches Wissen, ohne jegliche Kenntnis der Situation, ohne medizinische Ausbildung, ohne überhaupt Kenntnis über diesen Sportler zu haben, hier für Ihre Propaganda, für Ihre Spaltung missbrauchen?! Sie verachten diese Opfer!

Und wie man sich hierinstellen und immer noch sagen kann: „Corona ist eine leichte Grippe; es ist alles in Ordnung“, während über die halbe Fraktion nicht da ist, weil sie in Quarantäne oder tatsächlich an Corona erkrankt ist, verstehe ich nicht. Schön, Herr Berndt, dass Sie es gut überstanden haben. Wir beide wissen wahrscheinlich, warum Sie die Erkrankung gut überstanden haben, aber ich sage das jetzt hier an der Stelle nicht. Wir beide wissen es.

(Zuruf: Ach so?!)

Ich sage Ihnen nur: Spätestens dann, wenn die halbe Fraktion hier an Corona erkrankt ist, muss man sich doch die Frage stellen, ob das nicht vielleicht mit Ihrer Politik und Ihrer Art und Weise, wie Sie mit diesem Virus umgehen, zusammenhängt.

(Zuruf)

Könnte es sein, dass Sie sich hier an keine Regeln halten, auch in Ihren Fraktionsräumen anscheinend an keine Regeln halten? Könnte es sein, dass Sie ganz bewusst sogar die Gesundheit Ihrer eigenen Kolleginnen und Kollegen aufs Spiel setzen, damit Sie hier schön Ihre Propaganda verteilen können? Deshalb: Sie verachten selbst Ihre eigenen Kolleginnen und Kollegen, sonst würden Sie nicht so mit der Gesundheit Ihrer Abgeordnetenkolleginnen und -kollegen spielen!

(Unruhe)

Letzter Punkt - bleiben Sie ganz entspannt; es ist ja gleich Weihnachten: Kennen Sie den Namen Bernd Grimmer? Sagt der Ihnen was?

(Zuruf: Ja, klar!)

- Ach ja, klar. - Bernd Grimmer ist bzw. war Mitglied des Landtages von Baden-Württemberg, glaube ich. Er ist nämlich an Corona

(Zuruf)

- vielleicht an oder mit Corona, Herr Berndt - verstorben. Bernd Grimmer hat bis zuletzt erzählt, dass Corona eine leichte Grippe sei, hat sich nicht impfen lassen, hat die ganze Zeit gegen Corona schwadroniert, so wie Sie es hier tun - und nun ist er tot. Was brauchen Sie denn noch?! Was brauchen Sie denn noch, um endlich zu verstehen, dass wir gemeinsam handeln müssen, dass wir gemeinsam gegen dieses Virus handeln, gemeinsam

solidarisch streiten müssen und diese Gesellschaft eben nicht spalten?!

(Zuruf)

Wie viele AfD-Mitglieder müssen denn noch an Corona sterben, bis Sie hier irgend etwas verstanden haben? Impfen schützt - Punkt, aus, Ende, egal was Sie erzählen!

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Herr Abg. Walter (DIE LINKE):

Nein, danke.

(Zuruf: Herr Grimmer hatte Krebs!)

- Nein, danke.

(Zuruf: Hören Sie zu! Herr Grimmer hatte Krebs!)

Ich sage Ihnen eins: Wenn Sie immer davon reden, es gebe keine klaren Untersuchungen in diesem Land, es gebe zu wenig klare Fakten usw., dann sage ich Ihnen: Selbst wenn wir Ihnen jetzt noch die hundertste Studie vorstellen, selbst wenn wir das hundertste Mal Ihre Studien, die Sie hier vortragen, widerlegen, denn die zitieren Sie ja immer nur halb und wie es Ihnen passt, verstünden Sie es nicht. Ich empfehle Ihnen wirklich: Reden Sie mit den Menschen in den Krankenhäusern, reden Sie mit den Menschen in den Pflegeheimen.

(Zuruf: Das machen wir! Und deshalb sagen wir das hier!)

Das ist für mich übrigens evidenz- und faktenbasiert genug, besser als Ihr Gerede hier jedes Mal. Deshalb: Nutzen Sie die Weihnachtszeit, gehen Sie in sich, versuchen Sie es noch ein letztes Mal, gehen Sie in sich - ein letztes Mal! -, und legen Sie sich ein bisschen Anstand zu! Und hören Sie mit Ihrer Verachtung auf, die Sie hier jedes Mal in das Parlament, in diese Debatte tragen! Reißen Sie sich zusammen! Hier geht es darum, dass wir eine Pandemie bekämpfen, dass wir Menschen schützen müssen. Wir wollen das, Sie anscheinend nicht! - Schön den Dank, und allen anderen wünsche ich schöne Weihnachten!

(Zuruf)

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Meine Damen und Herren, ich sehe, dass wir abstimmungsbereit sind. Der Entschließungsantrag der AfD-Fraktion mit dem Titel „Freiheitsbeschränkungen aufheben - Impfpflicht ausschließen - Eindämmungsmaßnahmen zweckorientiert gestalten“ auf Drucksache 7/4811 steht zur Abstimmung. Wer ihm zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenstimmen! - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag einstimmig abgelehnt; es gab Enthaltungen.

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der Sondersitzung. Lassen Sie uns an all diejenigen denken, die Weihnachten arbeiten müssen - vom Straßenbahnfahrer über den Impfarzt bis hin zum Kulturmenschen. - Bitte?

(Präsidentin Prof. Dr. Liedtke erhält von der Landtagsverwaltung einen Hinweis.)

- Oh, ich habe das falsche Ergebnis verkündet. Der Entschließungsantrag ist natürlich mehrheitlich abgelehnt. Ich bitte um Entschuldigung, ich war schon bei der „Schlussapotheke“.

Ich wünsche Ihnen frohe Weihnachten und ein gutes neues Jahr!

(Beifall)

Ende der Sitzung: 10.40 Uhr

Anlage**Anwesenheitsliste**

Herr Abg. Baaske (SPD)
Herr Abg. Barthel (SPD)
Herr Abg. Dr. Berndt (AfD)
Frau Abg. Block (DIE LINKE)
Herr Abg. Bretz (CDU)
Frau Abg. Petra Budke (B90/GRÜNE)
Frau Abg. Ricarda Budke (B90/GRÜNE)
Herr Abg. Böttner (DIE LINKE)
Herr Abg. Domres (DIE LINKE)
Herr Abg. Drenske (AfD)
Herr Abg. Eichelbaum (CDU)
Herr Abg. Funke (SPD)
Herr Abg. von Gitzicki (B90/GRÜNE)
Frau Abg. Gossmann-Reetz (SPD)
Herr Abg. Günther (AfD)
Herr Abg. Hanko (AfD)
Frau Abg. Hiekel (B90/GRÜNE)
Frau Abg. Hildebrandt (SPD)
Herr Abg. Hohloch (AfD)
Herr Abg. Hooge (AfD)
Frau Abg. Johlige (DIE LINKE)
Herr Abg. John (AfD)
Herr Abg. Keller (SPD)
Herr Abg. Klemp (B90/GRÜNE)
Herr Abg. Kretschmer (DIE LINKE)
Herr Abg. Lakenmacher (CDU)
Frau Abg. Prof. Dr. Liedtke (SPD)
Herr Abg. Möller (AfD)
Herr Abg. Münschke (AfD)
Herr Abg. Noack (SPD)
Herr Abg. Nothing (AfD)
Herr Abg. Dr. Redmann (CDU)
Frau Abg. Richstein (CDU)
Herr Abg. Rostock (B90/GRÜNE)
Herr Abg. Rüter (SPD)
Herr Abg. Schaller (CDU)
Herr Abg. Schieske (AfD)
Frau Abg. Schwarzenberg (DIE LINKE)
Herr Abg. Stefke (BVB/FW)
Herr Abg. Vida (BVB/FW)
Herr Abg. Vogelsänger (SPD)
Herr Abg. Walter (DIE LINKE)
Frau Abg. Wernicke (BVB/FW)
Herr Abg. Dr. Woidke (SPD)